

*Münchenstein
- e guets Pflaschter*



Protokolle Gemeindeversammlungen

1995



1. Einwohnergemeindeversammlung

vom Montag, 3. April 1995, 20.00 Uhr,
in der Turnhalle des Schulhauses Lärchenstrasse

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Axel Scherrer-Rychen, Dr. Fritz Zweifel-Stettler;
Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident
Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin
Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
Peter Imboden-Bregy, Sekretär
Stimmzähler: Rudolf Breitenstein-Probst, Jenny Meyer-Siegmund,
Paul Schindler-Kneubühler, Roland Teuscher

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 1994
2. Ausscheidung einer Zone für öffentliche Werke und Anlagen für den Bau eines Kleinwasserkraftwerks beim Birswuhr
3. Sanierung Schulanlage Neue Welt / Vorschlag der SP betreffend Realisierung einer Sonnenenergie-Anlage / Bericht des Gemeinderates
4. Rahmenkreditbegehren Fr. 950'000.-- für den Bau eines Schulpavillons (2 Klassenzimmer) zur Erweiterung der Schulanlage Löffelmatt
5. Verlängerung des Miet- und Benützungsvertrages für den Saal des Restaurants Hofmatt (Bewilligung eines Kredites von Fr. 50'000.-- pro Jahr, total Fr. 150'000.--, für die Jahre 1995 bis 1997)
6. Kauf Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A
7. Rahmenkreditbegehren Fr. 3'000'000.-- für die Erweiterung der Gemeindeverwaltung
8. Gemeindeinitiativen Aufgabenteilung II
9. Bericht zum Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines GAA-Infokanals
10. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst zur 1. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell eine als Zuhörer anwesende Schulklassen, die Vertreter der Presse, die Vertreter der Industriellen Werke Basel, nämlich Dr. P. Gonsowski (Gruner AG), K. Knupp, E. Schumacher und R. Ziegler, die wenn nötig zum Traktandum 2 Auskunft geben und Fragen beantworten werden.

Der Vorsitzende hat an der letzten Versammlung übersehen, den auf den 1.10.1994 als Nachfolger von A. Rohner in den Gemeinderat nachgerückten Eduard Gysin speziell zu begrüssen bzw. ihn vorzustellen.

Nichtstimmberichtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Taktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag ist den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Er lag an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf und konnte bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden. Der Ratschlag sowie das Betriebskonzept für die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A liegen hier im Saal auf. Neu ist, dass der Ratschlag im Format A4 gedruckt wird.

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Traktandenliste umfangreich ist. Mit dieser Traktandenliste will der Gemeinderat keinesfalls die Stimmberechtigten schikanieren und auch nicht das eine oder andere Geschäft durchdrücken. Der Gemeinderat meint, er könne damit den Stimmberechtigten einen Abend, Parteimitgliedern und den Mitgliedern der Gemeindegemeinschaft einen bis drei Abende sparen. Der Gemeinderat meint auch, dass die Geschäfte innert nützlicher Frist behandelt werden können, nachdem im Ratschlag die wesentlichen Angaben enthalten sind. Es ist auch möglich, die Versammlung abzubrechen und die Verhandlungen an der nächsten Versammlung weiterzuführen.

Kurt Fässli-Bianchi beantragt namens der Vereinigung Donner und Doria, die Traktanden 6 und 7 angesichts der langen Traktandenliste auf den 14.9.1995 zu verschieben. Diese beiden Geschäfte sind nicht so pressant, dass sie unter Druck behandelt werden müssen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat schlägt vor, die Ausstellung von Geschäften erst dann zu beschliessen, wenn sich zeigt, dass dies aus zeitlichen Gründen nötig ist.

://: Der Antrag von K. Fässli wird mehrheitlich abgelehnt.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine weiteren Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Im Protokoll der Gemeindeversammlung vom 7.12.1994 muss es auf Seite 153 im 2. Absatz des Votums von Gemeinderat A. Schenker zur Kanalisationskasse richtig heissen:

"Für die 5. Etappe der Sanierungsarbeiten am Kanalisationsnetz sind 3 Mio (nicht 5 Mio) enthalten."

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 7.12.1994 wird mit der vorgenannten Korrektur genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Ausscheidung einer Zone für öffentliche Werke und Anlagen für den Bau eines Kleinwasserkraftwerks beim Birsuhr

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und ergänzt, dass der Gemeinderat im besonderen auf den Bau einer Fischtreppe, auf die natürliche Gestaltung der Uferlandschaft und auf die Restwassermenge geachtet hat. Zudem darf die angrenzende Naturschutzzone nicht tangiert werden. Mit der Restwassermenge von ungefähr 700 l/sec. wird die Wuhrschwelle in ihrer ganzen Breite benetzt, wie auf der auf der Leinwand gezeigten Foto, aufgenommen im Oktober 1994, ersichtlich ist. Ferner

zeigt H. Kunz auf der Leinwand den Situationsplan und erläutert diesen. Die technischen Teile der Anlage sind unterirdisch. Mit der Zonenzuweisung wird die Grundlage geschaffen für die Konzession, die vom Kanton erteilt wird. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Der Zuweisung des für den Bau eines Kleinwasserkraftwerks beim Wuhr an der Birs erforderlichen Areals in eine Zone für öffentliche Werke und Anlagen wird zugestimmt und der entsprechende Plan Nr. 4.122 der Bauverwaltung Münchenstein vom 26.1.1995 beschlossen.
- Der Plan wird nicht publiziert; er kann auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Friedrich Hiestand-Wirth: Die Gemeindekommission hat das Geschäft eingehend beraten. Fachleute haben ihr das Projekt erläutert und Fragen beantwortet. Nachdem das Projekt keine Eingriffe in die Landschaft verursacht, ersucht die Gemeindekommission um Zustimmung.

Die CVP stimmt der Zonenzuweisung ebenfalls zu.

Paula Pakery Keller gibt die Zustimmung der FDP bekannt. Es geht um erneuerbare Energie. Der Transport von Energie über lange Strecken entfällt. Die Natur bleibt erhalten und für die Fische wird eine Fischtreppe gebaut. Für den Unterhalt muss wöchentlich ein Fahrzeug zufahren. An der gleichen Stelle war schon früher ein Kraftwerk.

Susanne Feddern-Lei fragt, wo die neue Strasse gebaut wird und welches die Nachteile des Projektes sind.

Gemeinderat H. Kunz zeigt auf dem Situationsplan die rot eingezeichnete Erschliessungszufahrt. Nachteile sind praktisch nur die Immissionen während der Bauzeit.

Salome Miladinovic-Bichsel ist der Meinung, dass das Projekt zum heutigen Zeitpunkt abgelehnt werden muss. In der Schweiz wird genug Strom erzeugt, so dass nicht zusätzliche Energiequellen geschaffen werden müssen. Das Gebiet ist schützenswert. Wenn während der Hälfte des Jahres nur 700 l Wasser pro Sekunde über die Schwelle fliessen, hört man während dieser Zeit den Lärm von der J2. In der Vorlage steht "ungefähr 700 l/sec". Es kann also noch weniger sein. Das Projekt muss unbedingt naturnah gestaltet werden. Irgendwann wird auch der Preis für die Zerstörung der Natur bezahlt werden müssen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Energiepolitik ist eine Glaubensfrage. Das Naturschutzgebiet wird praktisch nicht tangiert. Die Zonenzuweisung ist Voraussetzung für die Konzessionserteilung. Die Auflagen werden in der Konzession festgehalten. Das gezeigte Foto ist wichtiger als die Angabe von ungefähr 700 l/sec. Und das Foto zeigt, dass die Wuhrschwelle in der ganzen Breite benetzt ist.

Karl Spichthy-(Augustin): Dem Projekt sollte zugestimmt werden. Die Birs führt immer Wasser.

Paula Pakery Keller: Es geht um umweltschonende Energie.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

://: Somit beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Der Zuweisung des für den Bau eines Kleinwasserkraftwerks beim Wuhr an der Birs erforderlichen Areals in eine Zone für öffentliche Werke und Anlagen wird zugestimmt und der entsprechende Plan Nr. 4.122 der Bauverwaltung Münchenstein vom 26.1.1995 beschlossen.
2. Der Plan wird nicht publiziert; er kann auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 3

Sanierung Schulanlage Neue Welt / Vorschlag der SP betreffend Realisierung einer Sonnenenergie-Anlage / Bericht des Gemeinderates

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage. Das Warmwasser wird jetzt schon auf rationelle Art erzeugt. Das Kosten-/Nutzenverhältnis einer Solaranlage ist in diesem Fall ungünstig. Verbaut wird nichts, da die Fundamente für die spätere Realisierung einer Solaranlage mit der Sanierung der Flachdächer erstellt werden. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
- Demzufolge wird zum heutigen Zeitpunkt auf die Realisierung einer solaren Energieerzeugungsanlage bei der Schulanlage Neue Welt verzichtet.

André Blattner: Die Gemeindekommission hat sich mit dem Bericht eingehend befasst und mit 6 gegen 5 Stimmen den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt. Das Argument der Kosten hat überzeugt; auch, dass auf anderen Liegenschaften der Gemeinde etwas Besseres realisiert werden kann.

Die SP beantragt der Gemeindeversammlung, die Anträge des Gemeinderates abzulehnen. Bei der Schulanlage Neuwelt kann eine vernünftige Solaranlage realisiert werden. Ferner wird der Gemeindeversammlung beantragt, zusätzlich folgendes zu beschliessen:

"Bei Neubauten und Sanierungen von Dächern und haustechnischen Anlagen in gemeindeeigenen Liegenschaften sind immer solare Energiegewinnungssysteme (z.B. Photovoltaik, Sonnenkollektoren) zu prüfen.

Des weiteren sind in den Ratschlägen für die Gemeindeversammlungen immer technische Angaben zur Anlagedimensionierung, Grösse, Leistung, Energieertrag sowie Investitions- und Jahreskosten aufzuführen. Weiter sind bei der Prüfung der Sonnenenergieanlagen die Unterlagen "Ökoinventare zur Beurteilung von Energiesystemen" (vom Bundesamt für Energiewirtschaft) zu berücksichtigen."

Paula Pakery Keller: Nach den gemachten Erfahrungen in unserer Gemeinde sind solche Anlagen nicht wirtschaftlich. Es ist nicht sinnvoll, weitere unproduktive Anlagen zu erstellen. Die FDP beantragt, auf die im Sanierungsprojekt vorgesehenen Fundamente zu verzichten und damit Kosten von ungefähr Fr. 50'000.-- einzusparen. Der zusätzliche Antrag der SP, insbesondere Energieanlagen weiter zu prüfen, wird unterstützt.

Anton Bischofberger-Hess empfiehlt namens der Grünen, die Anträge des Gemeinderates abzulehnen und den Antrag der SP stehen zu lassen. Der Zusatzantrag der SP wird unterstützt, nicht aber der der FDP, auf die Fundamente zu verzichten. Es ist klar, dass die Erzeugung von Sonnenenergie noch nicht wirtschaftlich ist. Die Forschung muss weitergehen. Es braucht aber einen Markt, damit Solarenergie erzeugt werden kann. Darum ist es sinnvoll, zur Weiterentwicklung der Technik diese Investition zu machen.

Verena Huber-Tschiri: Die CVP unterstützt die Anträge des Gemeinderates. Es hat keinen Sinn, eine Anlage zu erstellen, die ein schlechtes Kosten-/Nutzenverhältnis aufweist.

Paula Pakery Keller: Unsere Gemeinde hat inbezug auf Alternativenergie schon einiges gemacht. Dafür sollte nicht noch mehr Geld ausgegeben werden. Es stehen noch andere Investitionen an.

Dr. Alfred Peter-Riva: Der Kanton Baselland steht inbezug auf Energie weit vorne. Der Regierungsrat hat einen umfangreichen Bericht mit Bilanz vorgelegt. Danach sind Photovoltaikanlagen am teuersten. Solche Anlagen werden vorerst nicht mehr subventioniert. Sonnenenergie wird am besten genutzt, wenn damit Warmwasser erzeugt wird. Im Schulhaus Neuwelt wird während den Schulferien kein Warmwasser gebraucht, weshalb eine Solaranlage nicht sinnvoll ist. Der erste Teil des Zusatzantra-

ges der SP ist richtig, hingegen kann der zweite Teil dem Gemeinderat fast nicht zugemutet werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Antrag der SP könnte zu Schwierigkeiten führen. Die Sanierung des Schulhauses sollte wegen der Subvention rasch erfolgen. Der Kredit für eine Solaranlage ist noch nicht bewilligt.

://: Der Antrag der SP, eine Anlage zur Energieerzeugung mittels Sonnenenergie zu erstellen, wird mit deutlichem Mehr abgelehnt.

://: Der Zusatzantrag der SP wird mit eindeutigen Mehr abgelehnt.

://: Der Antrag der FDP, auf die vorgesehenen Fundamente zu verzichten, wird mit 158 gegen 86 Stimmen angenommen.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Demzufolge wird zum heutigen Zeitpunkt auf die Realisierung einer solaren Energieerzeugungsanlage bei der Schulanlage Neue Welt verzichtet.
3. Die im Sanierungsprojekt vorgesehenen Fundamente werden gestrichen und folglich nicht ausgeführt.

Traktandum 4

Rahmenkreditbegehren Fr. 950'000.-- für den Bau eines Schulpavillons (2 Klassenzimmer) zur Erweiterung der Schulanlage Löffelmatt

Gemeinderätin U. Dürrenberger referiert im Sinne der Vorlage und begründet die Notwendigkeit der Erweiterung aus der Sicht der Schule. Sie ersucht namens der Schulpflege und der betroffenen Eltern und Kinder, dem Kreditbegehren zuzustimmen.

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage über die baulichen Aspekte und zeigt auf der Leinwand den Situationsplan und den Grundriss eines Pavillons mit einem Möblierungsbeispiel. Die im Situationsplan eingezeichneten Pavillons 3 und 4 sind nicht Gegenstand der Vorlage. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Für den Bau eines Schulpavillons mit 2 Klassenzimmern und zugehörigen Nebenräumen beim Schulhaus Löffelmatt wird ein Rahmenkredit von Fr. 950'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Urs Gerber-Büchle: Die Gemeindekommission hat das Geschäft eingehend beraten und hat dem Kreditbegehren einstimmig zugestimmt. Infolge der Zunahme der Schülerzahlen müssen mehr Klassenzimmer zur Verfügung gestellt werden. Die Aufstellung des Pavillons im Hang wirkt sich auf die Kosten aus.

Die FDP stimmt dem Kreditbegehren wegen der steigenden Schülerzahlen ebenfalls zu, fragt sich aber, ob die Kosten so hoch ausfallen werden, ob in den Hang gebaut werden muss und ob Alternativen geprüft worden sind.

Hans Schenker-AufderMaur bezweifelt nicht, dass östlich der Hauptstrasse ein Kindergarten nötig ist und dass weitere Klassenzimmer zur Verfügung gestellt werden müssen. Hingegen bestehen Zweifel zum vorliegenden Projekt. Der Sprecher ist dagegen, dass weitere Provisorien aufgestellt werden, die dann stehen bleiben und für andere Zwecke gebraucht werden, wenn sie von der Schule nicht mehr benötigt werden. Im bestehenden Pavillon ist ein Medienzimmer eingerichtet; ist ein solches wirklich nötig? Der Hang ist sehr rutschgefährdet und sollte nicht noch mit einem Pavillon überbaut werden. Der Pavillon im Hang ist für den Abwart sehr unpraktisch. Die Ko-

sten für den Pavillon sind sehr hoch. Pavillons können heute viel günstiger gekauft werden. In der Vorlage ist nicht erwähnt, warum nicht zwischen Schulhaus und Turnhalle aufgestockt wird. Das wäre eine günstigere Lösung. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die aufgeworfenen Fragen, im besonderen die Aufstockung zwischen Schulhaus und Turnhalle, abzuklären. Wenn nötig kann vielleicht der Kindergarten in der Liegenschaft Gruthweg 1 der reformierten Kirchgemeinde untergebracht werden. Auch dies muss abgeklärt werden.

Margrit Khan Majlis-Huber: Der Pavillon kommt auf bestehende Pflanzgärten zu stehen. Die Gärten werden hauptsächlich von Familien bepflanzt, die im Dorf wohnen, auch von Ausländer Familien. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem folgenden Zusatzantrag zuzustimmen:

"Für die Familiengärten, die beim Erweiterungsbau verloren gehen, bietet der Gemeinderat den Gärtnern und Gärtnerinnen geeignetes Pflanzland als Ersatz zur Pacht an."

Werner Hotz-Kleebaum: Das Votum von H. Schenker ist empfehlenswert zum Überdenken. Die Gemeinde hat am Steinweg eine Wiese, auf die der Pavillon gestellt werden könnte. Es lohnt sich sicher, das Projekt zu überdenken. Das sollte bis zur Gemeindeversammlung vom Juni sicher möglich sein.

Gemeinderat H. Kunz: Zwei Klassenzimmer sind, ohne dies hieb- und stichfest geprüft zu haben, mit einer Aufstockung zwischen Schulhaus und Turnhalle vermutlich möglich. Ob dies aber in kurzer Zeit möglich ist, ist fraglich. Wenn die Schülerzahlen aber weiter ansteigen, muss in zwei Jahren gleichwohl ein Pavillon aufgestellt werden.

Bauverwalter R. Zulauf: Es ist sicher richtig, dass Bauten in Hanglage teurer zu stehen kommen. Der Pavillon Ehinger hat vor fünf Jahren rund Fr. 580'000.-- gekostet. Die Preise für Pavillons liegen extrem weit auseinander. Einfache Pavillons werden im Werk hergestellt und an Ort aufgestellt. Wenn sie länger stehen bleiben, wird der Unterhalt teurer. Dem Kreditbegehren liegt ein Mittelpreis zugrunde für einen einigermaßen dauerhaften Pavillon. Für das Aufstellen am Hang muss vermutlich eine umfangreiche Foundation erstellt werden. Zudem ist auch die Erschliessung recht aufwendig. Der Pavillon muss von der Münchstrasse aus an den Standort gehievt werden. Zusätzlicher Schulraum muss gemäss Angaben der Schulpflege ab Beginn des Schuljahres 1996/97 zur Verfügung stehen. Dieser zusätzliche Schulraum muss unabhängig vom Schulhaus erstellt werden können, d.h. bei vollem Schulbetrieb. Die Räume sollen, wenn sie von der Schule zwischenzeitlich nicht gebraucht werden, anderweitig genutzt werden. Diese Überlegungen haben zum Pavillon geführt. Rund um das Schulhaus sind wenige ebene Flächen. Der Trockenturnplatz muss auch als Pausenplatz dienen. Die Wiese wird auch als Turnplatz benützt. Folglich steht nur noch der Hang zum Aufstellen eines Pavillons zur Verfügung.

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Nach der neuen Lehrform wird nicht mehr gleich unterrichtet wie früher. Heute wird sehr viel in Gruppen unterrichtet. Das Medienzimmer wird nicht nur als solches und für Religionsunterricht gebraucht, sondern auch für Gruppenunterricht, Legasthenie usw. Je mehr Schüler/innen desto mehr zusätzliche Räume werden benötigt. Die Wiese sollte nicht verbaut werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat würde gerne Ersatzpflanzland zur Verfügung stellen, sieht aber keine Möglichkeit dazu, es sei denn, einem Landwirt wird Land weggenommen. Der Gemeinderat hat sich mit der Ersatzlandfrage eingehend befasst.

Hansjörg Steiner-Vogel verweist auf ein kürzlich erschienenenes Inserat, mit welchem am Berg ein Haus mit 6½ Zimmern zu Fr. 950'000.-- zum Kauf angeboten wurde. Der Sprecher hat das Haus besichtigt und festgestellt, dass darin zwei Klassenzimmer eingerichtet werden könnten. Zudem wäre noch Raum für Legasthenie usw. vorhanden. Das Medienzimmer im bestehenden Pavillon ist sehr schwach belegt. Das Medienzimmer müsste nicht unbedingt Fenster haben, da es sowieso verdunkelt wird. Wenn die Schulräume besser zugeteilt werden, kann der Antrag von H. Schenker ge-

prüft werden. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

://: Mit eindeutigem Mehr wird dem Rückweisungsantrag von H. Schenker zugestimmt und das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Damit erübrigt sich heute, über den Antrag von M. Khan Majlis wegen Pflanzlandersatz abzustimmen.

Traktandum 5

Verlängerung des Miet- und Benützungsvertrages für den Saal des Restaurants Hofmatt (Bewilligung eines Kredites von Fr. 50'000.-- pro Jahr, total Fr. 150'000.--, für die Jahre 1995 bis 1997)

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel verweist auf die Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Der Verlängerung des Miet- und Benützungsvertrages vom 30.10.1979 für die Dauer vom 1.1.1995 bis 31.12.1997 zu einem Benützungsbeitrag von Fr. 50'000.-- pro Jahr inkl. Heizkosten wird zugestimmt und der entsprechende Kredit von Fr. 150'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Die ursprüngliche Forderung war bedeutend höher und die Vereine konnten ihr nicht zustimmen.

Walter Gross-Dummermuth: An der Sitzung der Gemeindegemission ist zum Ausdruck gekommen, dass die Verlängerung des Vertrages für die Vereine wünschenswert wäre, aber nicht zu jedem Preis. Der Aufschlag beträgt über 100% und ist nicht akzeptabel. Die Gemeindegemission hat sich überlegt, den Vereinen eine Defizitdeckung zuzusichern, wenn sie auf Alternativen ausweichen müssen. Die Gemeindegemission hat den Antrag des Gemeinderates mit 11 gegen 1 Stimmen abgelehnt. Die SP schliesst sich der Gemeindegemission an und ermuntert die Vereine, nach Alternativen zu suchen, was ja schon geschehen ist. Im Jahre 1993 hat die Gemeinde Fr. 23'500.-- für die Saalbenützung bezahlt. Die SP schlägt vor, den Vereinen im Rahmen dieses Betrages eine Defizitdeckung zuzusichern, wenn sie an einem anderen Ort ihren Anlass durchführen. Die SP beantragt der Gemeindeversammlung, dem Antrag des Gemeinderates nicht zuzustimmen.

Sabina Wälchli-Imhof schliesst sich namens der FDP dem Vorredner an.

Arthur Fumasoli-Valentin: Die CVP unterstützt den Ablehnungsantrag.

Erwin Streit-Digel: Für den Musikverein gibt es zurzeit praktisch keinen anderen Saal. Wenn der Musikverein die Jahresfeier nicht durchführen kann, erleidet er einen Verlust von Fr. 6'000.-- bis Fr. 7'000.--. Die Gemeinde soll für die nächsten zwei Anlässe des Musikvereines die Heizkosten für den Saal übernehmen. Den Rest wird der Musikverein mit dem Wirt direkt regeln.

Thomas Berset-Hänggi: Für 4-8 Saalbenützungen pro Jahr sind Fr. 50'000.-- eindeutig zu viel.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Unterstützung hat der Gemeinderat den Vereinen bereits in Aussicht gestellt.

://: Die Anträge des Gemeinderates werden einstimmig abgelehnt.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird der Vorschlag der SP, die Vereine im Rahmen des bisherigen Beitrags an das Restaurant Hofmatt zu unterstützen, gutgeheissen.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die Verlängerung des Miet- und Benützungsvertrages vom 30.10.1979 für die Dauer vom 1.1.1995 bis 31.12.1997 zu einem Benützungsbeitrag von Fr. 50'000.-- pro Jahr inkl. Heizkosten wird abgelehnt.
2. Die Vereine werden im Rahmen des bisherigen Beitrags an das Restaurant Hofmatt unterstützt.

Traktandum 6

Kauf Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A

Gemeinderat E. Gysin zeigt auf der Leinwand die Chronologie dieses Geschäftes. Fachleute haben zuerst erklärt, das Haus sei als Jugendtreff geeignet. Eine Arbeitsgruppe hat ein Grobkonzept erarbeitet. Nach der Verabschiedung der Vorlage durch den Gemeinderat sind der Trägerverein Jugendhaus und die Jugendlichen zum Schluss gekommen, das Haus sei für einen Jugendtreff nicht geeignet und es sei mit Widerstand der Anwohner zu rechnen. Dann hat die Arbeitsgruppe das Konzept ohne Jugendtreff weiterbearbeitet. Der Gemeinderat hat in das Konzept Einsicht genommen. Am 15.3.1995 hat eine öffentliche Informationsveranstaltung stattgefunden. Die Anträge des Gemeinderates, wie sie in der Einladung und im Ratschlag abgedruckt sind, sind überholt. Der Sprecher der Gemeindekommission wird die von derselben geänderten Anträge stellen.

Dr. Arnold Amacher: Die gesellschaftliche und die Siedlungsentwicklung haben zu zunehmender Isolation geführt. Massnahmen, dieser Isolation Gegensteuer zu geben, hinken hinten nach. Familien sind neuen Belastungen ausgesetzt; sie werden durch die Wohnungssituation und den Strassenverkehr eingeschränkt. Der kindlichen Fantasie müssen täglich Grenzen gesetzt werden, damit ihnen nichts passiert. Viele Spielplätze sind mit Einschränkungen versehen. Viele Familien, vorallem Mütter, sind in ihren vier Wänden isoliert. Warum nehmen die Scheidungen zu? Warum nehmen Probleme mit Kindern zu? Erklärungen dazu gibt es viele. Die Folgen dürften allen bekannt sein. Das Gemeinwesen ist auf Familien angewiesen. Das ist immer vor Wahlen zu hören; gehandelt wird aber selten danach. Die heutigen Gegebenheiten und die heutige Familienform muss akzeptiert werden. Der Staat sollte an einer guten Familienpolitik interessiert sein und ergänzende Angebote machen. Familienzentren müssen geschaffen werden, wo sich Familien treffen können. Die hiesige Mütterberatung muss unter prekären Platzverhältnissen erfolgen. Abklärungen haben ergeben, dass im Haus Schmidholzstrasse 43/43A ein Jugendtreff nicht in Frage kommt. Die Anwohner haben sich auch dagegen ausgesprochen. Der Hauskauf ist billiger als Drogenprophylaxe. Der Entscheid muss rasch gefällt werden. Es ist nicht anzunehmen, dass der Verkäufer lange zuwarten wird. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand Bilder von Familienzentren in Basel und die von der Gemeindekommission geänderten Anträge an die Gemeindeversammlung. Es hat keinen Sinn, das Geschäft an eine Kommission zu weisen. Es hat sich bestätigt, dass Räume für Familienberatung fehlen. Bei der Behandlung des Kredites für das Kultur- und Sportzentrum ist gesagt worden, dass auch noch für andere Aktivitäten Räume gebraucht würden. Das Haus ist für Familienberatung sehr geeignet. Die Gemeindekommission hat sich überzeugen lassen und beantragt einstimmig bei zwei Enthaltungen der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A wird für Fr. 790'000.-- erworben.
- Die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A ist Standort eines Familien- und Quartierzentrums.
- Einer gemischten Nutzung wird zugestimmt.
- Es wird ein Umbaukredit von Fr. 110'000.-- bewilligt.
- Diese Beschlüsse unterstehen einzeln dem fakultativen Referendum.

Gemeinderat E. Gysin steht voll hinter den Anträgen der Gemeindekommission. Das Betriebskonzept konnte bezogen werden und liegt beim Eingang auf. Es ist fast gleich wie das in Reinach. Ein Familien- und Müttertreff ist dringend nötig. In den Kellerräumen können Werkstätten eingerichtet werden, z.B. für die Jugendlichen. Die Mütter- und Väterberatung ist heute in schlechten räumlichen Verhältnissen. Das Haus könnte zu einer Info-Drehscheibe werden. Es muss eine Trägerschaft ins Leben gerufen werden. Die Entlohnung der im Haus tätigen Personen erfolgt nicht durch die Gemeinde. Der Trägerverein Jugendhaus könnte die Verantwortung übernehmen für die Aktivitäten der Jugendlichen. Es gibt Leute, die leben von Kaffeetreff zu Kaffeetreff, die jeweils im reformierten Kirchgemeindehaus durchgeführt werden. Der Kranken- und Hauspflegeverein Caritas schreibt in seinem Jahresbericht, wie viel Arbeit geleistet werden muss, die nicht fakturierbar ist.

Thomas Wälchli-Imhof kommt sich vor wie an einem Bazar. Es gibt etwas zu kaufen und Gemeinderat E. Gysin hirt, für was es gebraucht werden könnte. Von den Betriebskosten ist in der Vorlage nichts erwähnt. Für die Renovation wird eine vage Zahl genannt. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, den Kauf abzulehnen.

Kurt Fässli-Bianchi: Der Hauskauf ist überflüssig. In drei Jahren steht das Kultur- und Sportzentrum und dort stehen auch Räume zur Verfügung. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, die Anträge des Gemeinderates abzulehnen.

Hanni Huggel-Kubli zeigt auf der Leinwand Ausschnitte aus dem Münchensteiner Leitbild und zitiert "Wir schöpfen alle unsere Möglichkeiten aus, um unsere Familien intakt und gesund zu erhalten". Das ist also nicht die Idee einer kleinen Gruppe. Projekte mit Präventionscharakter müssen unterstützt werden. Die Sprecherin und Gemeinderätin U. Dürrenberger haben mit den Jungen gesprochen. Diese lehnen das Haus als Jugendtreff ab, weil ein grösserer Raum für Veranstaltungen fehlt. Für die Mütter- und Väterberatung müssen unbedingt andere als die heute benutzten Räume zur Verfügung gestellt werden. Die Vorlage und das Konzept mussten unter Zeitdruck erstellt werden. Es sollte doch möglich sein, miteinander festzulegen, wie die Liegenschaft genutzt werden soll. Die SP stimmt den geänderten Anträgen der Gemeindekommission zu und empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Anträgen ebenfalls zuzustimmen.

In eigener Sache stellt H. Huggel fest, dass die Initianten/innen nicht nur etwas wollen, sondern auch etwas geben. Eine Gruppe Frauen aus allen politischen Parteien hat die Oase in Reinach besucht und diese für gut befunden. Die Gruppe hat ein Konzept entworfen, bereinigt und es dem Gemeinderat und der Gemeindekommission zugestellt. Am 15. März fand eine öffentliche Infoveranstaltung statt. Es ist unglaublich, was die CVP im amtlichen Anzeiger geschrieben hat. Es muss weiterhin freiwillige Arbeit geleistet werden. Die IG Oase arbeitet ehrenamtlich. Das Haus muss unbedingt gekauft werden. Die Arbeitsgruppe wird gerne zusammen mit CVP und FDP das Konzept weiterbearbeiten und weiter zusammenarbeiten.

Dr. Alfred Peter-Riva: Selbstverständlich hat die CVP Familienpolitik auf ihrer Fahne. Gemeinderat E. Gysin hat immer gesagt, man könnte, man könnte. Gemeinderat E. Gysin hat das Haus besichtigt und ist dann auf die Idee gekommen, dass darin ein Jugendtreff eingerichtet werden könnte. Dann musste man einsehen, dass es dafür nicht geeignet ist. Dann fragt man sich weiter, wie das Haus genutzt werden könnte. Bevor eine Million ausgegeben wird, sollte ein klares Nutzungskonzept vorhanden sein. Freiwillige Arbeit ist nicht im Aufschwung, sondern im Abschwinden. Dann geht es gleich wie mit dem Jugendkaffi; zuerst wird eine Stelle mit einem 30%-Pensum beantragt, dann von 100%. Ein klares Betriebskonzept fehlt. Muss ein Abwart angestellt werden und wer bezahlt den? Die CVP beantragt, eine Kommission einzusetzen, welche die offenen Fragen abklärt und ein klares Betriebs-, Nutzungs- und Unterhaltungskonzept ausarbeitet. Die Zeit für Abklärungen ist vorhanden. Bis zur Gemeindeversammlung vom September sollte das möglich sein.

Dr. Daniel Altermatt-Brogle: Die Gemeindeversammlung hat die Anträge des Gemeinderates vor sich. Der Antrag 4 des Gemeinderates muss abgelehnt werden. Die

Räume entsprechen nicht den Vorstellungen der Jugendlichen und der für einen Jugendpavillon bewilligte Kredit darf für diesen Hauskauf nicht beansprucht werden. In den letzten Jahren wurden zu mindestens sechs Vorlagen Rückweisungsanträge gestellt. Es sollten nicht noch mehr Kommissionen eingesetzt werden.

Karl Spichty-(Augustin) kommt sich vor wie in einem Spielcasino, wo Millionen verhöckert werden. Die Gemeindeversammlung muss aufpassen, dass sie nicht zuviele Kredite bewilligt und dass die Gemeinde nicht bevormundet wird, wie dies in Pratteln geschehen ist. Kann der Hauskauf in finanzieller Hinsicht verantwortet und verkraftet werden?

Gemeinderat A. Schenker bezieht sich auf seinen Leserbrief im Wochenblatt für das Birseck und Dorneck und berichtet, dass das Haus nicht schon seit längerer Zeit zum Verkauf steht. Die übrigen Angaben im Leserbrief werden damit nicht tangiert. Es ist nicht üblich, dass ein Mitglied des Gemeinderates in einer Zeitung zu einem Projekt kritisch Stellung nimmt. Es ist ein Ausnahmefall und der Sprecher hat dies dem Gesamtgemeinderat voravisiert. Der heutige Antrag entspricht nicht den ursprünglichen Anträgen des Gemeinderates. So kann ein Geschäft nicht vorbereitet werden. Darum hat sich der Sprecher mit einem Leserbrief geäußert.

Arthur Bachmann-Zeuggin: Die Gemeindeversammlung hat schriftliche Anträge des Gemeinderates vor sich und Gemeinderat E. Gysin spricht von anderen Anträgen. Die FDP ist sehr für einen Jugendtreff an einem geeigneten Ort. Mit den geänderten Anträgen konnte sich die Partei noch nicht befassen. Darum wird beantragt, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, umgehend ein ausgegorenes Projekt vorzulegen.

Sibylle Schmucki-Ulrich: Das Familienforum fragt immer wieder bei der Gemeindeverwaltung für Räume. Jetzt besteht die Chance, das Familienforum an der Schmidholzstrasse 43 unterzubringen. Es wäre auch eine Chance für die Mütterberatung, die zurzeit schlecht untergebracht ist.

Dr. Jan Wurster hat als Kinderarzt täglich mit Kleinkindern zu tun. Die Mütterberatung findet hier in Münchenstein unter prekären Verhältnissen statt. Die Möglichkeit des Hauskaufs sollte genutzt werden.

Hanni Huggel-Kubli: Die SP ist der Meinung, dass der bewilligte Kredit für einen Jugendpavillon für diesen Hauskauf nicht beansprucht werden darf, wenn die Jugendlichen nicht mitmachen. Es tönt so, dass das Haus gekauft werden könnte. Aber auf dem Konzept wird herumgeritten. Die Sprecherin ist bereit, am Konzept weiterzuarbeiten. Der Hauskauf sollte aber nicht aufgeschoben werden.

Werner Hotz-Kleebaum: Gegen einen Beschluss könnte vermutlich Einsprache erhoben werden, weil die Gemeindeversammlung Anträge beschliessen soll, die bis heute nicht bekannt waren. Der Sprecher begrüsst grundsätzlich den Hauskauf. Er ist aber dagegen, dass das Jugendzentrum einmal mehr zurückgestellt wird. Er beantragt, dem Kauf der Liegenschaft ohne Zweckbestimmung zuzustimmen. Das Nutzungs- und Betriebskonzept soll einer späteren Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

Konrad Weiss-Moser stellt fest, dass der Bedarf nach Räumen vorhanden ist. Deshalb sollte dem Hauskauf zugestimmt werden. Die Nutzung kann immer noch festgelegt werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel verweist auf § 65 des Gemeindegesetzes. Danach sind die Anträge, die an der Versammlung gestellt werden, zulässig. Bei Rückweisungsanträgen hat der Sprecher die Diskussion bis jetzt meistens nicht abgebrochen, da sie zum Geschäft gehört. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass heute über den Hauskauf entschieden werden kann.

Peter Steiner-Gerber ist der Meinung, dass man sich geänderten Gegebenheiten anpassen sollte. Er versteht nicht, dass die CVP das Geschäft zurückweisen will. Der Hauskauf ist sicher befristet; darum sollte er heute beschlossen werden. Es ist eine Investition für die Zukunft.

Kristina Hufschmid ist jetzt im 12. Jahr in Münchenstein in der Mütterberatung tätig. Pro Jahr erfolgen 750 bis 800 Beratungen; sicher ein Beweis für die Notwendigkeit der Mütter-/Väterberatung. In diesem Jahr musste sie schon dreimal den Raum wechseln oder auf andere Tage ausweichen. Das erschwert die Arbeit sehr. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, der Mütter-/Väterberatung eine Chance zu geben, inskünftig in für diesen Zweck genügenden Räumen arbeiten zu können.

Philipp Kunz-Weisskopf hat Mühe, wenn Vorschläge immer wieder als schlecht bezeichnet werden. Der Gemeinderat hat Vorschläge ausgearbeitet. Wenn sie schlecht sind, sollen die Gegner bessere vorlegen. Der Sprecher empfiehlt Zustimmung zum Hauskauf.

Andreas Spaar meint, er würde wieder einen Milchladen unterbringen und Käse verkaufen, und fragt, wie der bauliche Zustand des Hauses ist.

Dr. Bruno Hofer-Nünlist: Der Gemeinderat hat einen enormen Vorteil. Einer ist, dass er die Informationen hat, die er braucht. Der Sprecher fragt sich, ob die Botschaft des Gemeinderates verstanden worden ist. Es wurde nämlich immer von einem Jugendtreff gesprochen. Jetzt ist ein Wechsel in der Benützung eingetreten und dieser ist noch nicht klargestellt.

Der Milchladen besteht schon seit einigen Jahren nicht mehr. Die bis vor kurzem domizilierte Firma hat für die Nachbarn eine schwere Belastung mit den Lieferwagen gebracht. Die Anwohner sind nicht gegen etwas, sondern für etwas, nämlich für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, die das Zusammenleben vernünftig machen. Gemeinderat E. Gysin hat von Werkstätten gesprochen. Was ist damit gemeint? Was passiert, wenn das Familienzentrum dann doch nicht funktioniert? Die Anwohner haben ein Recht darauf zu wissen, was im Haus geschehen soll.

Dr. Arnold Amacher kann sich dem Antrag von W. Hotz anschliessen. Wichtig ist, dass das Geschäft heute nicht zurückgewiesen wird. Der Sprecher glaubt nicht, dass der Verkäufer den Kaufvertrag bis im September aufrecht erhält. Die CVP soll doch klar sagen, was ihr nicht passt. In der Arbeitsgruppe waren alle Parteien vertreten. In den geänderten Anträgen der Gemeindegemeinschaft ist keine Rede davon, dass der für einen Jugendpavillon bewilligte Kredit für den Hauskauf beansprucht werden soll. Die Gemeinde musste die Bibliothek einmieten und muss dafür entsprechend bezahlen, weil keine andere Möglichkeit bestand. Das Jugendzentrum wird seit Jahren hin- und hergeschoben. Für das Kultur- und Sportzentrum musste kein Betriebskonzept vorgelegt werden, jetzt wird eines verlangt. Der Gemeinderat hätte das Haus in eigener Kompetenz kaufen können.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Kaufvertrag ist unterschrieben mit dem Vorbehalt der Zustimmung der Gemeindeversammlung bzw. einer allfälligen Urnenabstimmung. Eine Frist ist vom Verkäufer nicht genannt worden. Die Gemeindeversammlung kann dem Antrag 1 zustimmen und die anderen offen lassen.

Arthur Bachmann-Zeuggin: Wahrscheinlich sind die Jugendlichen zurückgetreten, weil sie das Gefühl hatten, eines Tages werde der Kredit für einen Jugendtreff fehlen. Nach den Voten von Dr. J. Wurster und K. Hufschmid stellt sich die Frage, warum der Gemeinderat nicht in eigener Kompetenz entschieden hat. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, ein klares Betriebskonzept vorzulegen.

Rösli Hof-Schweighauser: Seit ihrer Jugend sind die Familien kleiner geworden und sind in den Wohnungen eingeengt. Das fragliche Haus soll kleineren Kindern und älteren Personen dienen. Die Vernunft gebietet, dem Projekt zuzustimmen. Münchenstein hat dieses Jahr Geburtstag und aus diesem Anlass soll der Jugend ein Geschenk gemacht werden.

Bauverwalter R. Zulauf: Das Haus ist in seiner Grundsubstanz in gutem Zustand. Einige Überholungsarbeiten drängen sich auf.

Gemeinderat E. Gysin empfiehlt der Versammlung, das Geschäft nicht zurückzuweisen. Der Verkäufer ist nicht bereit, mit dem Verkauf lange zuzuwarten. Was für Werk-

stätten im Keller betrieben werden sollen, kann heute noch nicht gesagt werden. Auf keinen Fall Werkstätten, die ab morgens früh Immissionen verursachen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel kann nicht genau sagen, was im Falle einer Rückweisung passiert, nachdem im Kaufvertrag keine Frist festgesetzt ist.

Valerie Hinners hat die Oase in Reinach besichtigt. Diese kann nicht mit der Schmidholzstrasse 43 verglichen werden.

Paula Pakery Keller: Das Haus steht in der Ecke Schmidholzstrasse/Emil Frey-Strasse. Die Emil Frey-Strasse ist eine viel befahrene Strasse. Wie sollen sich Kinder da wohl fühlen?

://: 1. Eventualabstimmung

Rückweisung an eine Kommission: vereinzelt Stimmen

Rückweisung an den Gemeinderat: Mehrheit.

://: Mit deutlichem Mehr wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

://: 2. Eventualabstimmung

Kauf ohne Zweckbestimmung: Mehrheit

Kauf mit Zweckbestimmung: Minderheit.

://: Mit klarer Mehrheit wird dem Kauf der Liegenschaft zugestimmt.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43/43A wird für Fr. 790'000.-- erworben.

2. Über die Nutzung der Liegenschaft wird später entscheiden.

3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 7

Rahmenkreditbegehren Fr. 3'000'000.-- für die Erweiterung der Gemeindeverwaltung

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel beantragt, dieses und die folgenden Geschäfte infolge der vorgerückten Zeit auf die nächste Versammlung zu verschieben.

://: Verschiebung auf die nächste Gemeindeversammlung.

Traktandum 8

Gemeindeinitiativen Aufgabenteilung II

://: Verschiebung auf die nächste Gemeindeversammlung.

Traktandum 9

Bericht zum Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines GAA-Infokanals

://: Verschiebung auf die nächste Gemeindeversammlung.

Traktandum 10**Verschiedenes**

Keine Wortbegehren.

Um 23.25 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokoll

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Dr. Fritz Zweifel

Pius Helfenberger



2. Einwohnergemeindeversammlung

vom Mittwoch, 21. Juni 1995, 20.00 Uhr,
in der Turnhalle des Schulhauses Lärchenstrasse

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Axel Scherrer-Rychen, Dr. Fritz Zweifel-Stettler;
Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Entschuldigt: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Peter Imboden-Bregy, Sekretär

Stimmenzähler: Dr. Peter Loew-Roth

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. April 1995
2. Jahresrechnungen 1994 der Einwohnergemeinde
3. Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1994
4. Gemeindeinitiativen Aufgabenteilung II
5. Bericht zum Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines GAA-Infokanals
6. Konzessionsvertrag mit den Industriellen Werken Basel IWB betreffend Gasversorgung der Gemeinde
7. Mutation zum Zonenplan Siedlung / Aufhebung Verbot für Dachaufbauten
8. Bericht zum Antrag Kurt Lauper vom 14.12.1992 "Münchenstein - Gemeinde Europas"
9. Schlussabrechnungen
 - a) Ersatz der Wasserleitung im Gruthweg zwischen Bergweg und Hochzonenreservoir I
 - b) Architektur-Wettbewerb für die Überbauung der Parzelle 2557 Emil Frey-/Heidenstrasse
 - c) Erweiterung Büros Sozialberatung
 - d) Sanierung Alterssiedlung Loog / Beitrag an Projektierungskosten
10. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst zur 2. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Vertreter der Presse.
Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Taktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag, der Amtsbericht und die Rechnung sind den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Sie konnten bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden und liegen hier im Saal auf. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Im Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. April 1995 sind folgende Berichtigungen anzubringen:

- Auf Seite 6 oben ist im Votum von Hans Schenker-AufderMaur der Satz "Wenn nötig kann vielleicht der Kindergarten in der Liegenschaft Gruthweg 1 der reformierten Kirchgemeinde untergebracht werden" zu ändern in "Wenn nötig kann vielleicht der Religionsunterricht in der Liegenschaft Gruthweg 1 der reformierten Kirchgemeinde erteilt werden".
- Auf der gleichen Seite ist das Votum von Hansjörg Steiner-Vogel wie folgt zu ändern: "Hansjörg Steiner-Vogel verweist zum Vergleich auf ein kürzlich erschienes Inserat, mit welchem am Berg ein Haus mit 6½ Zimmern zu Fr. 950'000.-- zum Kauf angeboten wurde. Der Sprecher hat den bestehenden Pavillon und das Schulhaus Löffelmatt besichtigt. In der genannten Aufstockung hätten zwei Klassenzimmer Platz. Zudem wäre noch Raum für Legasthenie usw. vorhanden. Die beiden Räume im bestehenden Pavillon sind schwach belegt. Das Medienzimmer

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 3.4.1995 wird mit den vorgenannten Berichtigungen genehmigt und dem Verfasser verdankt.

Traktandum 2

Jahresrechnungen 1994 der Einwohnergemeinde

Gemeinderat C. Kaspar verweist auf den guten Rechnungsabschluss 1994 und dankt allen, die zum guten Ergebnis beigetragen haben. Das gute Ergebnis ist im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Mehr Steuereinnahmen. Der Steuerertrag ist bei der Budgetierung vielleicht etwas zu pessimistisch geschätzt worden.
- Mehr Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Diese sind immer sehr schwer abzuschätzen.
- Mehrerträge bei der Billettsteuer und den Vermögenserträgen.
- Minderaufwendungen beim Personalaufwand infolge Verschiebung von Mehrkosten.
- Einsparungen beim Sachaufwand.
- Weniger ordentliche Abschreibungen, zurückzuführen auf die ausserordentlichen Abschreibungen in den Vorjahren.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, auf die Jahresrechnungen 1994 einzutreten und sie zu genehmigen.

Willy Maeder-Schaller: Die Gemeindekommission hat sich mit der Rechnung befasst und sich über den guten Abschluss der Einwohnerkasse und der Kassen der Regie-

betriebe gefreut. Die Gemeindekommission dankt dem Gemeinderat, im besonderen dem Finanzchef. Das Defizit in der Fürsorgekasse hat massiv zugenommen, ist aber momentan nicht besorgniserregend. Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung, auf die Rechnung einzutreten und sie zu genehmigen.

Die SP schliesst sich dem Dank an. In der Einwohnerkasse ist das Resultat um 3.1 Mio besser als budgetiert. Diese Verbesserung ist an der oberen Grenze der Fehlbudgetierung. Der Gemeinderat soll sich eine andere Methode der Budgetierung überlegen. Die SP empfiehlt Eintreten und Genehmigung.

Thomas Wächli-Imhof: Die Rechnungsprüfungskommission beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegenden Jahresrechnungen zu genehmigen und dem zuständigen Personal der Verwaltung für die zuverlässige Arbeit zu danken.

Heinrich Müller-Achu: Auch die FDP ist über den guten Abschluss erfreut und dankt dem Gemeinderat. Der Sprecher zeigt mit dem Tageslichtprojektor auf der Leinwand die Tabelle von Seite 129 der Rechnung. Von den Steuern aus früheren Jahren von rund Fr. 814'000.-- stammen Fr. 657'000.-- aus dem Jahre 1993. Das heisst, dieser Betrag gehört eigentlich zur Rechnung 1993, so dass für 1994 nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung zu verzeichnen ist. Darum ist Euphorie nicht am Platz, und der Gemeinderat wird ersucht, auch weiterhin vorsichtig zu sein. Laut Gesetz ist der Gemeinderat verpflichtet, die Abfallrechnung separat auszuweisen. Der Sprecher geht davon aus, dass der Gemeinderat diese Rechnung noch präsentieren wird.

Peter Zwick-Rudin gratuliert dem Gemeinderat namens der CVP und dankt für den positiven Rechnungsabschluss. Es ist nicht einfach, für die Gemeinde ein Budget zu erstellen. Der Gemeinderat hat gezeigt, dass er die Positionen, über die er frei verfügen kann, im Griff hat. Die CVP hofft, dass der Gemeinderat die Finanzen, im speziellen die Lohnkonti, auch weiterhin im Griff hat. Die CVP ersucht um Eintreten und Genehmigung der Rechnung.

Karl Spichty-(Augustin) möchte wissen, wie hoch die Schulden der Gemeinde momentan sind und wie viel Zins dafür aufgewendet werden muss. Die Gemeinde wird noch Beiträge bezahlen müssen an den Kreisler Baselstrasse, an die Brücke Loogstrasse, an den Umbau des Alters- und Pflegeheims Hofmatt. Dieser Umbau sollte nicht unbedingt in der teuersten Zeit gemacht werden. Die Kosten müssen zum Teil auf die Pensionspreise geschlagen werden, was zu mehr Fürsorgefällen führen wird. Mit der Gewährung von neuen Krediten ist Vorsicht am Platz, sonst muss der Steuersatz erhöht werden und gute Steuerzahlen ziehen dann aus der Gemeinde weg.

Gemeinderat C. Kaspar: Die Abgrenzung der Steuererträge früherer Jahre ist sehr kompliziert. Es gibt immer Verschiebungen von Jahr zu Jahr und von Periode zu Periode. Die Schulden der Gemeinde sind auf Seite 40 der Rechnung aufgeführt.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel versichert, dass der Gemeinderat bestrebt ist, die Finanzen der Gemeinde in Ordnung zu halten. Die wesentlichen Beträge werden nicht vom Gemeinderat, sondern von der Gemeindeversammlung und den Stimmbürgern/innen beschlossen.

Kurt Lauper-Huggel ist enttäuscht von der Antwort des Finanzchefs auf die Frage der Steuerabgrenzung. Erträge aus Vorjahren gibt es jedes Jahr. Der Sprecher wirft die Frage auf, warum die Gemeinde bei den Einnahmen immer noch einen Überschuss hat. Der Kanton gibt eine Prognose heraus, die pessimistisch gehalten ist, und der Gemeinderat verhält sich dann noch pessimistischer. Darum ist es dann schwierig, bei der Behandlung des Budgets noch zusätzlich einen Betrag von etwa Fr. 20'000.-- ins Budget aufzunehmen. Bis im Jahr 2000 wird die einjährige Steuerveranlagung eingeführt sein. Der Sprecher warnt davor, aufgrund des Personalaufwands aufzeigen zu wollen, wie sich die Finanzsituation entwickelt. Baselland ist steuermässig immer noch ein günstiger Kanton. Gute Steuerzahler müssen sich überlegen, ob sie wegen einer Steuererhöhung wegziehen wollen.

Hansjörg Steiner-Vogel: Die Feststellung von H. Müller ist eine Tatsache, die schon immer bestanden hat. Sie rührt daher, dass für Steuerpflichtige, die aus dem Erwerbsleben aussteigen, Zwischentaxationen erstellt werden. Vermutlich sind mehr Steuerpflichtige in Pension gegangen als angenommen.

Die Schuldzinsen machen 2.5 Mio aus.

Über eine ein- oder zweijährige Taxationsperiode wird das Volk entscheiden müssen.

Gemeinderat C. Kaspar: Für die Abfallrechnung besteht kein separater Rechnungskreis. Für 1994 besteht ein Defizit von rund Fr. 10'300.--. Dabei geht es um eine Vollkostenrechnung. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Gebühren richtig festgesetzt worden sind. 1995 wird es verschiedene Verschiebungen geben. Die Gebühren werden nach Volumen erhoben und für die Verbrennung muss nach Gewicht bezahlt werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

Die Rechnungen werden kassenweise abgerufen.

Keine Wortbegehren.

://: Die vorliegenden Jahresrechnungen der Einwohner-, Wasser-, Kanalisations-, GAA- und Fürsorgekasse werden einstimmig genehmigt und dem zuständigen Personal der Verwaltung wird für die zuverlässige Arbeit gedankt.

Traktandum 3

Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1994

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel ist heute von einem Versammlungsteilnehmer darauf aufmerksam gemacht worden, dass im Anhang das Personal des Tagesheims nicht aufgeführt ist. Der Gemeindepräsident entschuldigt sich für diese Unterlassung und wird dafür sorgen, dass dieser Fehler im nächsten Jahr behoben wird. Zur Beantwortung allfälliger Fragen zum Amtsbericht ist der Gemeinderat gerne bereit. Der Gemeindeversammlung wird beantragt,

- a) vom vorliegenden Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1994 zustimmend Kenntnis zu nehmen,
- b) folgende Anträge als gegenstandslos geworden bzw. als erledigt abzuschreiben:
 - Antrag CVP vom 4.5.1981/20.6.1985 betreffend Gemeindezentrum Stöckacker
 - Antrag Andreas Spaar vom 5.4.1993 betreffend Eröffnung eines Jugendraumes mit Betreuung
 - Antrag FDP vom 16.6.1993 betreffend Führung eines betreuten Jugendtreffs.

Dr. Daniel Altermatt-Brogie: Der Amtsbericht gibt einen guten Überblick über die Tätigkeiten in der Gemeinde. Im Amtsbericht sind alle Kommissionen und Arbeitsgruppen aufgeführt, u.a. auch die Betriebskommission Jugendkaffi mit 35 Sitzungsstunden, aber ohne die Namen der Mitglieder.

Gemeinderat E. Gysin: Der Vorstand des Trägervereines Jugendhaus Münchenstein arbeitet als Betriebskommission Jugendkaffi unentgeltlich. Der Vorstand hat den Auftrag, dem Gemeinderat Wahlvorschläge für die Betriebskommission einzureichen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Im Rahmen der Vorarbeiten hat der Gemeinderat den Vorstand des Trägervereines Jugendhaus Münchenstein im Einvernehmen mit diesem als Betriebskommission Jugendkaffi eingesetzt.

Christa Brügger-Senn: Die FDP hat sich mit dem Amtsbericht befasst und dankt allen Beteiligten für die interessanten Informationen.

Friedrich Hiestand-Wirth: Die Gemeindekommission hat zum Amtsbericht Stellung genommen. Der Amtsbericht gibt eine gute Übersicht über die Arbeit in der Gemeinde.

Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

://: Einstimmig wird

- a) vom vorliegenden Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1994 zustimmend Kenntnis genommen, und werden
- b) folgende Anträge als gegenstandslos geworden bzw. als erledigt abgeschlossen:
 - Antrag CVP vom 4.5.1981/20.6.1985 betreffend Gemeindezentrum Stöckacker
 - Antrag Andreas Spaar vom 5.4.1993 betreffend Eröffnung eines Jugendraumes mit Betreuung
 - Antrag FDP vom 16.6.1993 betreffend Führung eines betreuten Jugendtreffs.

Traktandum 4

Gemeindeinitiativen Aufgabenteilung II

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Behandlung dieses Geschäftes wurde von der letzten Gemeindeversammlung infolge der vorgerückten Zeit auf heute verschoben. Der Gemeinderat nimmt an, dass alle Anwesenden über die Initiativen in der Presse gelesen haben. Die Initiativen sind inzwischen eingereicht worden. Der Gemeinderat hat sich überlegt, ob die Initiativen noch behandelt werden sollen. Die Initiativen haben den Sinn, dem Kanton ein Signal zu geben, dass die Fragen der Gemeindeautonomie und der Aufgabenteilung ernsthaft an die Hand genommen werden. Dieses Signal kann jetzt noch gegeben werden. Auch rechtlich ist die nachträgliche Einreichung der Initiativen von Bedeutung, nämlich im Falle des Rückzugs. Die Initiativen gelten als zurückgezogen, wenn weniger als fünf Gemeinden dahinter stehen. Es hat keinen grossen Sinn, über Einzelheiten der Initiativen zu diskutieren. Es geht auch nicht darum, den Initiativen zuzustimmen oder sie abzulehnen, sondern darum, ob sie eingereicht werden sollen. Der Gemeinderat hält nicht alle Begehren für vernünftig. Aber im Moment geht es einzig darum, dem Kanton ein Signal zu geben. Darum wird der Gemeindeversammlung beantragt zu beschliessen:

1. Der formulierten Gesetzesinitiative über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird zugestimmt.
2. Der formulierten Verfassungsinitiative für die Einführung eines Rates der Gemeinden wird zugestimmt.
3. Der nichtformulierten Initiative für eine einheitliche Trägerschaft der Real- und Sekundarschule (Sekundarstufe 1) wird zugestimmt.
4. Der nichtformulierten Initiative für eine Kostenumverteilung in der Förderung des öffentlichen Verkehrs wird zugestimmt.
5. Der nichtformulierten Initiative für eine separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen wird zugestimmt.
6. Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorgenannten fünf Initiativen zusammen mit mindestens vier weiteren Gemeinden bei der Landeskanzlei zuhanden des Landrates einzureichen.
7. Der Gemeinderat wird ermächtigt, vor der Einreichung für jede der obgenannten fünf Initiativen in Absprache mit den anderen Initiativgemeinden die federführende Gemeinde gemäss § 75 Abs. 2 lit. c des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 zu bestimmen.
8. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die eingereichten Initiativen gemäss § 81c) Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 wieder zurückzuziehen.

9. Es wird davon Kenntnis genommen, dass jede Initiative gemäss § 81c) des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 als vorbehaltlos zurückgezogen gilt, wenn das Begehren von so vielen Einwohnergemeinden zurückgezogen wird, dass das Quorum von fünf Gemeinden nicht mehr erfüllt ist.

Alfred Albert-Fähndrich: Die Gemeindekommission hat sich an der letzten Sitzung zum zweiten Mal mit den Initiativen befasst. Dabei hat die SP den Antrag gestellt, die Anträge des Gemeinderates abzulehnen, nachdem die Initiativen bereits eingereicht sind und die Gemeindeversammlung überfordert sein könnte. Mit der Begründung, dass es nicht um Details geht, sondern das Wesentliche zu begreifen, und dass keine Stellungnahme heisst, dass alles beim Alten bleibt, hat die Gemeindekommission den Antrag der SP mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Bei den Initiativen geht es darum, die Gemeindeautonomie auszubauen. Die Gemeindekommission hat die Anträge 1 und 2 des Gemeinderates abgelehnt und den übrigen Anträgen zugestimmt. Die Gemeindekommission beantragt der Gemeindeversammlung, die Initiativen gemäss den Anträgen 1 und 2 des Gemeinderates abzulehnen.

Bruno Krähenbühl-Perrenoud: Das Schulwesen ist stark betroffen, weshalb sich die Schulpflege mit den Initiativen befasst hat. Im Grundsatz steht die Schulpflege hinter der Stossrichtung. Der Schulpflege gefällt nicht, dass die Gemeinden die Löhne der Lehrer/innen festlegen sollen. Das würde bedeuten, dass die reichen Gemeinden die besseren Lehrer anstellen könnten. Darum sagt die Schulpflege nein zur Initiative gemäss Antrag 1 des Gemeinderates. Hingegen kann sich die Schulpflege mit der Initiative für eine einheitliche Trägerschaft der Real- und Sekundarschule (Sekundarstufe 1) einverstanden erklären, wenn daraus nicht eine Gesamtschule nach deutschem Muster entsteht.

Die SP wollte den Antrag stellen, alle Initiativen abzulehnen, verzichtet nun aber darauf. Es ist sehr viel in diesem Gesamtpaket enthalten, und der Einzelne weiss nicht, was im Detail verlangt wird. Die Stossrichtung kann unterstützt werden, aber der Teufel steckt im Detail. Die SP möchte die Katze nicht im Sack kaufen und kann den Initiativen nicht zustimmen. Die SP wird sich äussern, wenn die entsprechenden Gesetze oder Gesetzesänderungen vorliegen.

Adolf Brodbeck-Eggermann: Dieses Geschäft wird in Zukunft von einiger Bedeutung sein. Auf Kantons- und auf Gemeindeebene wird darüber diskutiert werden müssen. Wenn dem Bürger mehr Aufgaben gegeben werden, könnte das Verantwortungsbewusstsein gefördert und gestärkt werden. Wir haben zu viele und zum Teil alte gesetzliche Vorschriften. Der Handlungsspielraum in den Gemeinden ist gering. Es bestehen zu viele Doppelspurigkeiten. Die Beiträge der Gemeinden haben stark zugenommen. Die Gemeinden haben sich unterschiedlich entwickelt. Trotzdem besteht nach wie vor eine zentralistische Einheitslösung; Ungleiches wird gleich behandelt. Der Grundsatz der Aufgabenteilung soll sein:

- Wer eine Aufgabe löst, soll sie finanzieren und wer sie finanziert, soll auch entscheiden.
- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten in den Gemeinden und weniger kantonale Vorschriften.
- Mehr Transparenz; Probleme sollen dort gelöst werden, wo sie entstehen.
- Zuständigkeiten werden getrennt nach dem Motto: Wer zahlt, befiehlt.
- Mit der Stärkung der Gemeindeautonomie werden die Entscheidungswege kürzer.

Die FDP stimmt vier Initiativen zu und lehnt die Verfassungsinitiative für die Einführung eines Rates der Gemeinden ab. Es stimmt nicht, dass die Gemeinden im Landrat nicht vertreten werden. Ein Veto-Parlament ist nicht nötig. Diese eingeschobene Instanz ist eine Bieridee und ist undemokratisch. Wenn die Mehrheit des Landrates für die Initiativen gewonnen werden soll, muss die Initiative gemäss Antrag 2 des Gemeinderates abgelehnt werden. Die jetzige Situation in den Gemeinden kann mittel- und langfristig nicht toleriert werden. Die Vorteile der Initiativen überwiegen. Die Initiativen sind eingereicht und müssen nun behandelt werden.

Dr. Alfred Peter-Riva: Den beiden Verbänden der Gemeindepräsidenten/innen und Gemeindeschreiber und -verwalter ist mit den fünf Initiativen ein grosser Wurf gelungen.

gen. Heute besteht im Kanton eine unhaltbare Situation. Die beiden formulierten Initiativen gemäss den Anträgen 1 und 2 des Gemeinderates sind nicht das Gelbe vom Ei. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, diese beiden Initiativen abzulehnen. Die anderen drei Initiativen sind nicht formuliert, d.h. Landrat, Verwaltung und Regierung werden Gelegenheit haben, die in den Initiativen geforderten Begehren zu formulieren.

Kurt Lauper-Huggel: Es ist bedenklich, zu hören, die Initiativen seien so kompliziert, dass nicht mehr Details gegeben werden könnten. Der Sprecher möchte wissen, um was es geht und wie die Details aussehen. Die formulierten Bestimmungen können in der vorliegenden Form nicht übernommen werden. Der Landrat hat kürzlich das neue Hundegesetz mit vielen Details beschlossen. Das widerspricht der Gemeindeautonomie. In den nächsten Jahren wird das Volk über viele Gesetze abstimmen müssen. Alle stehen ein für den öffentlichen Verkehr. Die geltenden Bestimmungen im bestehenden Gesetz könnten geändert werden. Aber die Oberbaselbieter Gemeinden würden sich dagegen wehren. Die Gesetzgebung über den öffentlichen Verkehr muss bestehen bleiben. Das gleiche gilt für das Abwasser. Abwasseranlagen werden jetzt schon regional betrieben. Die Initiativen gemäss den Anträgen 1 und 2 des Gemeinderates sind vollständig daneben. Der Initiative für eine einheitliche Trägerschaft der Real- und Sekundarschule könnte zugestimmt werden. Die Initiativen gemäss den Anträgen 4 und 5 des Gemeinderates müssen abgelehnt werden.

Alfred Albert-Fähndrich: Aus den bisherigen Voten wird ersichtlich, wie eine Detailberatung aussehen würde. Eine solche kann hier nicht geführt werden. Damit wird sich der Landrat beschäftigen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel ist erfreut, dass heute schon eine Debatte unter Landräten geführt wird, welche die Vorlage studiert haben. Auch formulierte Initiativen können geändert werden, indem ihnen ein Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Es war nie die Rede davon, die Initiativen seien für die Stimmbürger zu kompliziert und deshalb solle nicht über Details gesprochen werden. Die Initiative gemäss Antrag 1 umfasst 18 Schreibmaschinen-Seiten. Das ist sicher viel. Aber die Stimmbürger entscheiden auch über Bundesgesetze, die zum Teil noch umfangreicher sind. Das vom Landrat beschlossene Hundegesetz ist für den Gemeindepräsidenten kein Muster für Gemeindeautonomie. Es ist nicht von Bedeutung, wie die Hunde in den einzelnen Gemeinden behandelt werden, hingegen wie die Gemeinden in Finanzfragen behandelt werden. Für den Gemeinderat ist auch die Initiative gemäss Antrag 1 wichtig. Hingegen ist die Initiative gemäss Antrag 2 weniger wichtig.

Bruno Krähenbühl-Perrenoud: Stärkung der Gemeindeautonomie bedeutet mehr Gespräche. A. Albert hat gesagt, wo das hinführen würde. Demokratie ist aber doch Diskussion. Die Stimmbürger haben die ausführlichen Unterlagen zu den Initiativen gar nicht erhalten, d.h. die Stimmbürger kaufen die Katze im Sack. Der Sprecher ist auch für Gemeindeautonomie, aber die heutige Wirtschaft verlangt Denken in grösseren Räumen. Darum wird der Gemeindeversammlung beantragt, alle Initiativen abzulehnen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: In der Vorlage steht, dass Interessenten die umfangreichen, detaillierten Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung beziehen können.

Adolf Brodbeck-Eggermann: Die Stimmbürger kaufen ganz klar keine Katze im Sack. Wir geben etwas in eine Mühle, aus der später etwas herauskommt. Wenn etwas bewegt werden soll, muss auch etwas eingegeben werden. Darum sollen die Initiativen eingegeben und Voraussetzungen geschaffen werden, damit später darüber befunden werden kann. Darum sollte auch der Initiative gemäss Antrag 1 des Gemeinderates zugestimmt werden.

Kurt Lauper-Huggel ist aufgestossen, dass der Gemeindepräsident erklärt hat, es sei wenig sinnvoll, über den Inhalt der Initiativen zu diskutieren.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel hat gesagt, es habe keinen grossen Sinn, über Einzelheiten der Initiativen zu diskutieren.

Heinrich Müller-Achu beantragt Schluss der Diskussion. Die Landräte sollen in Liestal weiter diskutieren.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Der Antrag 1 wird mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag 2 wird einstimmig abgelehnt.

://: Der Antrag 3 wird mit deutlichem Mehr gegen wenige Stimmen gutgeheissen.

://: Dem Antrag 4 wird mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen zugestimmt.

://: Dem Antrag 5 wird mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen zugestimmt.

://: Mit einer Gegenstimme wird den Anträgen 6 - 9 zugestimmt.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die formulierte Gesetzesinitiative über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird abgelehnt.
2. Die formulierte Verfassungsinitiative für die Einführung eines Rates der Gemeinden wird abgelehnt.
3. Der nichtformulierten Initiative für eine einheitliche Trägerschaft der Real- und Sekundarschule (Sekundarstufe 1) wird zugestimmt.
4. Der nichtformulierten Initiative für eine Kostenumverteilung in der Förderung des öffentlichen Verkehrs wird zugestimmt.
5. Der nichtformulierten Initiative für eine separate Trägerschaft für die Abwasser- und Abfallanlagen wird zugestimmt.
6. Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorgenannten drei Initiativen zusammen mit mindestens vier weiteren Gemeinden bei der Landeskanzlei zuhanden des Landrates einzureichen.
7. Der Gemeinderat wird ermächtigt, vor der Einreichung für jede der obgenannten drei Initiativen in Absprache mit den anderen Initiativgemeinden die federführende Gemeinde gemäss § 75 Abs. 2 lit. c des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 zu bestimmen.
8. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die eingereichten Initiativen gemäss § 81c) Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 wieder zurückzuziehen.
9. Es wird davon Kenntnis genommen, dass jede Initiative gemäss § 81c) des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981 als vorbehalten zurückgezogen gilt, wenn das Begehren von so vielen Einwohnergemeinden zurückgezogen wird, dass das Quorum von fünf Gemeinden nicht mehr erfüllt ist.

Traktandum 5

Bericht zum Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines GAA-Infokanals

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
- Der Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines Infokanals wird nicht erheblich erklärt.

Walter Gross-Dummermuth: Die Gemeindekommission ist sich bewusst, dass die Einrichtung eines Infokanals aus technischer Sicht kein Problem wäre, aber die beiden Partnergemeinden haben zurzeit kein Interesse daran. Es wäre nicht sinnvoll, für unsere Gemeinde einen Infokanal im Alleingang zu betreiben. Sollte gelegentlich ein regionaler Infokanal eingerichtet werden, soll der Gemeinderat die Beteiligung prüfen. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Bruno Krähenbühl-Perrenoud: Die SP bedauert, dass die Idee nicht mehr weiterverfolgt werden soll. Die SP ist überzeugt, dass der Infokanal doch noch zum Tragen kommen wird. Der Stadtkanal Basel soll zu einem Regionalkanal ausgebaut werden. Die SP geht davon aus, dass sich Münchenstein dann auch anschliessen wird und über diesen Kanal Gemeindenachrichten verbreitet werden. In den kommenden Jahren werden sich noch weitere Möglichkeiten auftun. Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Kommunikation zu verbessern. In diesem Sinne schliesst sich die SP den Anträgen des Gemeinderates an.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SP vom 20.9.1989 betreffend Einrichtung eines Infokanals wird nicht erheblich erklärt.

Traktandum 6

Konzessionsvertrag mit den Industriellen Werken Basel IWB betreffend Gasversorgung der Gemeinde

Gemeinderat C. Kaspar verweist auf die Vorlage und geht davon aus, dass der Inhalt allen Anwesenden bekannt ist. Er ergänzt, dass ein allfälliger Gewinn aus dem Gasverkauf entsprechend des Umsatzes auf die beteiligten Gemeinden verteilt wird. Die Gemeinden sind auch entsprechend ihres Umsatzes in der IWB-Kommission vertreten. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Konzessionsvertrag zu genehmigen und den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

André Blattner: Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Konzessionsvertrag zu genehmigen.

- ://: 1. Der Konzessionsvertrag wird einstimmig genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 7

Mutation zum Zonenplan Siedlung / Aufhebung Verbot für Dachaufbauten

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und ergänzt, dass Dachaufbauten (Lukarnen, Gauben) weniger in Erscheinung treten als Quergiebel. Der Ausbau von Dachraum hat keine Auswirkungen auf die Nutzungsziffer. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu beschliessen:

- Das Verbot für Dachaufbauten in den Zonen WG 1, W 2a, WG 2b und WG 3b wird aufgehoben. In den genannten Zonen sind Dachaufbauten zulässig.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Urs Abt-Joss: Die Gemeindekommission hat dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zugestimmt und empfiehlt das gleiche der Gemeindeversammlung.

Paula Pakery Keller: Die Aufhebung des Verbots ist begründet mit mehr Wohnraum. Die FDP empfiehlt Zustimmung.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Das Verbot für Dachaufbauten in den Zonen WG 1, W 2a, WG 2b und WG 3b wird aufgehoben. In den genannten Zonen sind Dachaufbauten zulässig.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 8

Bericht zum Antrag Kurt Lauper vom 14.12.1992 "Münchenstein - Gemeinde Europas"

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel verweist auf die Vorlage und ergänzt, dass der Gemeinderat am 10.1.1995 den Beitritt zur Schweizerischen Vereinigung für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas erklärt hat. Wegen anderweitigen Belastungen ist es dem Gemeinderat nicht möglich, noch weitere Aktivitäten in dieser Sache zu entwickeln. Ende 1989 waren 277 Schweizer Gemeinden Mitglied der Vereinigung. Davon hatten 58 Gemeinden Partnerschaften mit 79 ausländischen Gemeinden. Im Kanton Baselland sind Allschwil, Oberwil, Reinach, Arboldswil, Pratteln und Binningen in der Vereinigung, wovon die vier erstgenannten Gemeinden mit einer ausländischen Gemeinde verschwistert sind. Gemeinsam wird der 5. Mai als Europatag begangen. Die Partnerschaft mit der Gemeinde Eriz soll weitergeführt werden. Geprüft wird zurzeit eine Partnerschaft mit einer Gemeinde in Lettland. Ferner werden weiterhin Entwicklungshilfeprojekte in der Schweiz und im Ausland unterstützt. Im übrigen pflegt der Musikverein Münchenstein schon seit Jahren eine Partnerschaft mit einer deutschen Gemeinde. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
- Der Antrag Kurt Lauper vom 14. Dezember 1992 "Münchenstein - Gemeinde Europas" wird als erledigt abgeschrieben.

André Blattner: Die Gemeindekommission hat sich mit dem Geschäft befasst und empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Kurt Lauper-Huggel stellt fest, dass es lange dauert, bis ein Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes behandelt wird. Nach diesem Gesetz beträgt die Frist sechs Monate. Der Gemeinderat benötigte mehr als zwei Jahre, bis er den Beitritt erklärt hat. Die Idee des Sprechers war, im Anschluss an die EWR-Abstimmung etwas zu unternehmen. Es gibt Partnergemeinden, die einander nicht jedes Jahr besuchen; es braucht keine rege Reisetätigkeit. Es geht auch um den Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden. Der Sprecher regt an, dass die Gemeinde Münchenstein auch der Regio Basiliensis beitrifft. Er ist mit den Anträgen des Gemeinderates mehr oder weniger einverstanden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat muss Prioritäten setzen und deshalb können Geschäfte manchmal eine Zeitlang liegen bleiben bzw. für den Gemeinderat sind andere Geschäfte wichtiger. Kontakte zu Gemeinden müssen nicht unbedingt von den Behörden gepflegt werden. Das können auch Privatpersonen machen. Der Gemeinderat wird Unterstützung gewähren.

Gemeinderat A. Scherrer: Der Schweizer Botschafter in Riga hat schon vor Jahren als beste Hilfe empfohlen, eine Partnerschaft mit einer Gemeinde einzugehen. Es liegen Vorschläge von Gemeinden in Lettland vor. Der Sprecher wird im August eine private Reise nach Lettland machen und dann berichten.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Vom vorliegenden Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Kurt Lauper vom 14. Dezember 1992 "Münchenstein - Gemeinde Europas" wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9

Schlussabrechnungen

a) Ersatz der Wasserleitung im Gruthweg zwischen Bergweg und Hochzonenreservoir I

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen und den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Urs Abt-Joss: Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung, die Schlussabrechnungen zu genehmigen. Die gleiche Empfehlung gilt auch für die folgenden drei Schlussabrechnungen.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

b) Architektur-Wettbewerb für die Überbauung der Parzelle 2557 Emil Frey-/Heidenstrasse

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen und den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Keine Wortbegehren.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

c) Erweiterung Büros Sozialberatung

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen und den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Keine Wortbegehren.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

d) Sanierung Alterssiedlung Loog / Beitrag an Projektierungskosten

Gemeinderat E. Gysin referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen und den Beschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Keine Wortbegehren.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 10

Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel gibt bekannt, dass die nächste Gemeindeversammlung am 14.9.1995 stattfindet.

Peter Steiner-Gerber reicht folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

"Es sei im Heiligholz-Quartier im Geviert begrenzt im Süden durch Heiligholz-, im Westen durch die Emil Frey-, im Norden durch die Loog- und im Osten durch die Pumpwerkstrasse Tempo 30 einzuführen. Entsprechende verkehrsberuhigende Massnahmen wie Aufpflasterungen sind vorzunehmen."

Der Antrag mit Begründung liegt schriftlich vor und ist beim Eingang verteilt worden. Das Ziel muss sein, in allen Wohnquartieren Tempo 30 einzuführen, nachdem Tempo 30 für die Quartiere Zollweiden und Gruth schon beschlossen wurden. Tempo 30 ohne bauliche Massnahmen nützt nichts. Der Sprecher hofft, dass der Antrag schneller behandelt wird als der von K. Lauper. Er ersucht den Gemeinderat, die Frist von sechs Monaten gemäss Gemeindegesetz einzuhalten.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Für das Gebiet Zollweiden hat der Gemeinderat den Auftrag, Tempo 30 bzw. sogar Tempo 20 einzuführen. Die Abklärungen sind im Gang, ebenso für das Gebiet Berg. Der vorliegende Antrag für das Heiligholz-Quartier wird entgegengenommen. Gemäss Richtplan ist Tempo 30 auch noch für andere Quartiere vorgesehen. Der Sprecher kann nicht zusichern, dass der Bericht innert sechs Monaten vorliegt, wird dies dann aber begründen.

Karl Spichy-(Augustin): Messungen haben ergeben, dass bei Tempo 30 eine grosse Anzahl gebüsst werden musste. Velofahrer benehmen sich auf der Strasse wie die Wilden, fahren ohne Licht umher usw. Dieser Zustand herrscht in der ganzen Gemeinde, nicht nur im Heiligholz-Quartier. In den Schulhäusern sollte auf diese Missstände mit Publikationen hingewiesen werden. Tafeln sind genügend vorhanden, sie müssen nur mit 30 angeschrieben werden.

Dr. Alfred Peter-Riva: Die jungen Burschen machen Mutproben, z.B. fahren sie mit frisierten Töffli mit Vollgas über Stoppstrassen. Diesem Übel kann vielleicht mit Schwellen begegnet werden. Schulpflege, Lehrer/innen und Eltern sollen versuchen, die Jugend von solchen Mutproben abzubringen.

Peter Steiner-Gerber: Statistiken beweisen, dass Tempo 30 zu weniger und vorallem zu weniger schweren Unfällen führt. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er handelt.

Claude Bres-Ruprecht unterstützt den Antrag von P. Steiner. Viele Jugendliche verhalten sich auf der Strasse sehr schlecht. Kleinere Kinder haben auch das Recht, sich auf den Strassen einigermaßen sicher zu bewegen. Bevor Massnahmen ergriffen werden, sollten nicht weitere Unfälle abgewartet werden.

Gemeinderat A. Scherrer: Im Quartier Lärchenstrasse sind zwei Schwellen beschlossen, nämlich Lärchenstrasse/Schulackerstrasse und Lärchenstrasse/Schmidholzstrasse. Diese Aufpflasterungen werden im Laufe dieses Jahres realisiert. Tempo 30 muss vorsichtig angegangen werden. Bei einer Urnenabstimmung könnte eine Schlappe heraus schauen, wie z.B. in Allschwil.

Thomas Wälchli-Imhof: Verständnis und Zusammenleben können nicht mit Gesetzen geregelt werden. Tempo 30 nützt nichts, wenn keine Kontrollen durchgeführt werden. Auf Gemeindestrassen können die Anwohner Kontrollen machen und Fehlbare ermahnen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel nimmt den Antrag zur Prüfung entgegen.

Dominique Lüthy-Petzold reicht namens der FDP folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes ein:

"Es sei der Kredit im Betrag von Fr. 12'000.-- für die Beteiligung an einer Machbarkeitsstudie "Bioabfallvergärung" zu bewilligen."

Der Antrag mit Begründung ist beim Eingang verteilt worden. In den westlichen Industrieländern produziert jeder Einwohner rund 450 kg Siedlungsabfälle pro Jahr. Gut ein Drittel davon sind feuchte, organische Bioabfälle (Küchenabfälle, Bioabfälle von Grossverteilern, Gartenabfälle). Der feuchte Bioabfall ist in Kehrichtverbrennungsanlagen nur schwer verbrennbar und gehört als energetisch wertvoller Stoff weder auf Deponien noch in Kompostieranlagen. Das beim Vergären des Bioabfalls entstehende Biogas kann in Wärme und elektrische Energie umgewandelt werden. Eine 10'000 Jato-Anlage erfordert eine Investitionssumme von rund 10 Mio Franken, benötigt für die Erstellung eine Grundfläche von ca 2'000 m², könnte jährlich etwa 2 Mio kWh Elektrizität, entsprechend einem Jahresverbrauch von rund 500 Haushaltungen, ins örtliche Verteilnetz einspeisen, könnte jährlich etwa 4 Mio kWh Wärme, entsprechend dem Jahreswärmeverbrauch von 400 Haushaltungen, und jährlich etwa 7'000 m³ hochwertigen Kompost für Landwirtschaft, Gärtnereien und privaten Haushalt produzieren. Für eine 10'000 Jato-Anlage (Einzugsgebiet von 50'000 bis 100'000 Einwohner) resultieren bei Abfallverwertungskosten von Fr. 160.-- pro Tonne Stromkosten von 16 Rappen pro kWh. Die Kantone Baselland und Basel-Stadt beabsichtigen, die Kehrichtentsorgungsgebühren in den nächsten Jahren von heute Fr. 155.-- pro Tonne bis auf etwa Fr. 250.-- pro Tonne zu erhöhen. Bei Abfallverwertungskosten ab Fr. 200.-- pro Tonne sind die mit der Anlage produzierte Elektrizität, Wärme und Kompost gratis. Die Machbarkeitsstudie kostet insgesamt Fr. 35'000.-- und soll zu gleichen Teilen von der Elektra Birseck Münchenstein und den Einwohnergemeinden Münchenstein und Arlesheim getragen werden. Die Studie wird nur realisiert, wenn alle Beteiligten den erforderlichen Kredit bewilligen. Die Elektra Birseck hat ihren Kreditanteil am 17.1.1995 bewilligt. Drei Anlagen sind in Betrieb in Rümlang, Bachenbülach und Samstagern. Weitere sind geplant in Basel, Kloten, Uzwil, Wettingen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel nimmt den Antrag zur Prüfung entgegen. Der Gemeinderat wird gelegentlich berichten.

Dr. Daniel Altermatt-Brogle hat sich mit dem Antrag befasst und ersucht den Gemeinderat, die Idee auszuweiten und im Rahmen einer Studie zu prüfen, ob in den Kleinkompostieranlagen Gasanlagen erstellt werden könnten. Es könnte sein, dass Münchenstein zu weit von einer Grossanlage entfernt ist.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel nimmt die Anregung ebenfalls zur Prüfung entgegen.

Um 22.40 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Der Sekretär:

Dr. Fritz Zweifel

Peter Imboden



3. Einwohnergemeindeversammlung

vom Donnerstag, 14. September 1995, 20.00 Uhr,
in der Turnhalle des Schulhauses Lärchenstrasse

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Axel Scherrer-Rychen, Dr. Fritz Zweifel-Stettler

Entschuldigt: Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter
Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident
Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin
Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
 Peter Imboden-Bregy, Sekretär
Stimmzähler: Arthur Bachmann-Zeuggin
 Gerhard Sidler-Schnyder

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 21. Juni 1995
2. Finanzplan 1995 - 1999 der Einwohnerkasse
Finanzübersicht und Finanzplan 1992 - 2000 der Kanalisationskasse
3. Kreditbegehren Fr. 140'000.-- für den Zusammenschluss der Heizungsanlagen der Alterssiedlung Loog und des Kultur- und Sportzentrums
4. Kreditbegehren Fr. 230'000.-- zur Sanierung des Reservoirs Gruth
5. Sanierung Alters- und Pflegeheim Hofmatt
 - Kreditbegehren Fr. 5'600'000.-- (à fonds perdu-Beitrag Fr. 3'600'000.-- und zinsloses Darlehen Fr. 2'000'000.--) und
 - Mutationen zu Bauvorschriften
6. Schlussabrechnungen
 - a) Aussensanierung Reservoir Weihermatt / Nachtragskreditbegehren Fr. 102'913.90
 - b) Übernahme der bestehenden Gemeindebibliothek und deren Neueinrichtung
 - c) Sanierung Schulanlage Lärchenstrasse
7. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst zur 3. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Vertreter der Presse.

Nichtstimmberichtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Taktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratsschlag ist den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Er lag an verschiede-

nen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf und konnte bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden. Er liegt zudem hier im Saal auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 21. Juni 1995 wird genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Finanzplan 1995 - 1999 der Einwohnerkasse

Finanzübersicht und Finanzplan 1992 - 2000 der Kanalisationskasse

Gemeinderat C. Kaspar verweist auf den Finanzplan der Einwohnerkasse. Der aufgezeigte Rechnungssaldo per Ende 1999 von fast minus 6 Mio darf auf keinen Fall eintreten. Gegenüber den Finanzplänen der Vorjahre sind im vorliegenden Finanzplan mehr bewilligte Kredite enthalten als Annahmen. Das muss zu denken geben. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, vom Finanzplan 1995 - 1999 der Einwohnerkasse Kenntnis zu nehmen.

Alfred Albert-Fähndrich: Die Gemeindekommission hat sich mit dem Finanzplan befasst. Der Finanzplan ist nicht verbindlich. Er zeigt auf, dass wir uns nicht mehr alles leisten können. Der Aufwand nimmt pro Jahr 4% zu, der Ertrag nur 1%. Auch die Investitionen sind zunehmend. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Es müssen Massnahmen ergriffen werden, damit die Rechnungsabschlüsse nicht allzu schlecht ausfallen. Bei der Kanalisationskasse sind die markanten Gebührenerhöhungen auf das neue Gewässerschutzgesetz zurückzuführen. Gesetzesvorlagen, die vom Volk angenommen werden, führen vielfach zu Mehrausgaben. Die Gemeindekommission hat von beiden Finanzplänen Kenntnis genommen.

Die FDP nimmt die Finanzpläne ebenfalls zur Kenntnis und weist darauf hin, dass der Personalaufwand für das Kultur- und Sportzentrum nicht enthalten ist. Der Finanzplan hat keine Begeisterung hervorgerufen. Eine Steuererhöhung können wir uns nicht leisten; es müssen andere Massnahmen ergriffen werden.

Thomas Wälchli-Imhof schliesst sich namens der Rechnungsprüfungskommission dem Vorredner an.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP hat an der Parteiversammlung vom Finanzplan Kenntnis genommen. Das Resultat ist wie das momentane Wetter: grau und düster. Positiv ist, dass wir uns mit der Zukunft auseinandersetzen müssen. Eine Verschuldung von 68 Mio wäre der Untergang von Münchenstein. Alle sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das nicht eintritt. Der Finanzplan wird vom Gemeinderat freiwillig erstellt, wofür ihm gedankt wird.

Gemeinderat C. Kaspar: Der Finanzplan zeigt nicht nur dem Gemeinderat die künftige finanzielle Entwicklung auf, sondern allen Stimmbürgern/innen. Alle müssen sich darüber Rechenschaft geben.

Gemeinderat A. Schenker verweist auf den Finanzplan der Kanalisationskasse. Der Finanzplan ist eine Orientierungshilfe, welche die finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren aufzeigen soll. Die gute Finanzlage der Kanalisationskasse wird mindestens bis zum Jahr 2000 anhalten, unter der Voraussetzung, dass die vom Kanton belasteten Gebühren weiterverrechnet werden können. Hiezu ist dann bei der Be-

handlung des Voranschlags 1996 Beschluss zu fassen. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, von Finanzübersicht und Finanzplan 1992 - 2000 der Kanalisationskasse Kenntnis zu nehmen.

://: Vom Finanzplan 1995 - 1999 der Einwohnerkasse und von Finanzübersicht und Finanzplan 1992 - 2000 der Kanalisationskasse wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Kreditbegehren Fr. 140'000.-- für den Zusammenschluss der Heizungsanlagen der Alterssiedlung Loog und des Kultur- und Sportzentrums

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und weist darauf hin, dass das Verwaltungsgebäude schon seit Jahren an die Heizungsanlage des Schulhauses Loog angeschlossen ist, und zwar mit gutem Erfolg. Es ist nicht ausgeschlossen, dass noch weitere Zusammenschlüsse von Heizungsanlagen erfolgen werden. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Dem vorgesehenen Zusammenschluss der Heizungsanlagen der Alterssiedlung Loog und des Kultur- und Sportzentrums wird zugestimmt.
- Es wird dafür ein Kredit von Fr. 140'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Urs Abt-Joss: Die Gemeindekommission hat den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt und empfiehlt das gleiche der Gemeindeversammlung. Die vorgeschlagene Art der Heizung wird in Zukunft teurer werden. Aber im Hinblick auf den Umweltschutz sollte die Investition getätigt werden.

Anton Bischofberger-Hess empfiehlt namens der Grünen und WIG Knoblauch Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderates. Eine Holzschnitzelfeuerung ist eine sinnvolle Investition für die Zukunft. Zu bedauern ist, dass Holzschnitzel verfeuert werden und trotzdem noch Strom verbraucht wird. Ein Blockheizkraftwerk ist auch mit Holzschnitzeln möglich. Eine solche Anlage wird demnächst in Meiringen in Betrieb genommen. Mit der Anlage kann ein Viertel der Gemeinde Meiringen mit Wärme versorgt werden. Zudem wird noch Strom für einen Viertel der Gemeinde mitgeliefert. In Zukunft sollte auch bei uns die Wärmekraftkoppelung miteinbezogen werden. Es ist bedauerlich, dass dies im vorliegenden Fall nicht mehr möglich ist, und dass Sonnenkollektoren zur Warmwassererzeugung nicht geprüft worden sind. Ferner sollte in den Zusammenschluss der Heizungsanlagen auch das Tagesheim einbezogen werden. Es muss auch überlegt werden, was mit dem Alters- und Pflegeheim Hofmatt in dieser Richtung getan werden könnte. Der Sprecher hofft, dass der Gemeinderat die aufgeworfenen Fragen und Begehren noch abklären wird.

Daniel Münger-Di Vincenzo: Die SP ist der Meinung, dass der Zusammenschluss der Heizungen ein Schritt zu einer modernen Wärmeerzeugung ist, und empfiehlt deshalb, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Sergio Pompini-Meier: Die FDP ist ebenfalls für Zustimmung, nicht zuletzt, damit Holz aus den Wäldern von Münchenstein nicht wegtransportiert werden muss.

Walter Banga-Banga: Mit der Zustimmung wird der Forstwirtschaft ein grosser Dienst erwiesen. Im Wald wird zurzeit mit grossen Defiziten gearbeitet. Es wird versucht, auf alle Arten Abhilfe zu schaffen, auch mit Holzschnitzelfeuerungen. Solche begrüsst die Bürgergemeinde sehr.

Rudolf Nüscher-Thommen unterstützt das Votum von A. Bischofberger. Es gibt heute neue Möglichkeiten, die noch berücksichtigt werden können, z.B. auch die Stromproduktion.

Thomas Wälchli-Imhof: Das Projekt in Meiringen ist wesentlich grösser und kann nicht mit dem vorliegenden Projekt verglichen werden. Für die Stromproduktion ist ein grosser Bereich nötig.

Gemeinderat H. Kunz: Holz wird teurer, aber auch Heizoel wird teurer werden. Das Projekt Kultur- und Sportzentrum kann nicht geändert werden, es sei denn, die Gemeinde übernimmt die Mehrkosten. Der Warmwasserverbrauch ist nicht so gross wie zuerst erwartet, so dass Sonnenkollektoren nicht zur Diskussion stehen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel nimmt die Anregungen von A. Bischofberger zur Prüfung entgegen.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Dem vorgesehenen Zusammenschluss der Heizungsanlagen der Alterssiedlung Loog und des Kultur- und Sportzentrums wird zugestimmt.
2. Es wird dafür ein Kredit von Fr. 140'000.-- bewilligt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 4

Kreditbegehren Fr. 230'000.-- zur Sanierung des Reservoirs Gruth

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne des Ratschlags und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Für die Sanierung des Reservoirs Gruth wird ein Kredit von Fr. 230'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Friedrich Hiestand-Wirth: Die Gemeindekommission hat das Geschäft behandelt und empfiehlt bei einer Enthaltung der Gemeindeversammlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Die CVP stimmt den Anträgen ebenfalls zu.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Für die Sanierung des Reservoirs Gruth wird ein Kredit von Fr. 230'000.-- bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 5

Sanierung Alters- und Pflegeheim Hofmatt

- **Kreditbegehren Fr. 5'600'000.-- (à fonds perdu-Beitrag Fr. 3'600'000.-- und zinsloses Darlehen Fr. 2'000'000.--) und**
- **Mutationen zu Bauvorschriften**

Gemeinderat E. Gysin referiert im Sinne der Vorlage über die Notwendigkeit der Sanierung und die vorgesehenen Massnahmen. Heute kann verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr Genüge geleistet werden. Die Bedürfnisse haben sich in den letzten Jahren geändert. Was heute als Wunsch verstanden wird, kann in 5 - 10 Jahren ein Bedürfnis sein. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

1. Für die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt werden bewilligt:
 - a) ein einmaliger à fonds perdu-Beitrag von 3,6 Mio Franken
 - b) ein zinsloses Darlehen von 2 Mio Franken, rückzahlbar mit 25 Jahresraten.

2. Ist die Abrechnungssumme geringer als der veranschlagte Betrag von 18,5 Mio Franken, so reduziert sich der à fonds perdu-Beitrag im entsprechenden Umfang.
3. Die Mutationspläne
 - zum Zonenplan Siedlung, Umzonung "Hofmatt", Plan Nr. 4.125 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 - zum Waldbaulinienplan "Hofmatt", Plan Nr. 4.123 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 - zum Bau- und Strassenlinienplan "Pumpwerkstrasse", Plan Nr. 4.124 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 werden beschlossen.
 Die Pläne werden nicht publiziert; sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage über die baulichen Aspekte des Projektes und ergänzt, dass gegen die Waldbaulinie Hofmatt Einsprachen erhoben worden sind. Eine Einsprache wurde zurückgezogen, über die anderen muss die zuständige Instanz entscheiden.

Dr. Peter Loew-Roth, Präsident des Stiftungsrates, zeigt mit dem Tageslichtprojektor auf der Leinwand Tabellen über

- Warum wir es tun müssen (Sanierung, Erweiterung)
- Was wir tun wollen (Projekt)
- Wie wir es tun können (Finanzierung)
- Vergleiche mit anderen Heimen im Kanton.

Der Sprecher ersucht die Gemeindeversammlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Hanni Huggel-Kubli geht davon aus, dass die meisten das Heim kennen, mindestens von aussen. Es gibt Pensionäre/innen, die sagen, sie hätten ins Altersheim müssen. Das kann sich vielleicht ändern, so dass es ein Dürfen wird. Es ist wichtig, dass auf die geänderten Pflegebedürfnisse eingegangen wird. Die jetzigen Räume und Einrichtungen sind zu eng. Das Personal nimmt den Umbau gern in Kauf, und zwar im Hinblick darauf, dass die Arbeit nach dem Umbau einfacher wird.

Die Gemeindegemeinschaft empfiehlt der Gemeindeversammlung einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP unterstützt die Anträge des Gemeinderates. Es geht um einen namhaften Betrag. Aber es darf nicht vergessen werden, dass es um Menschen geht. Mit der Sanierung kann diesen Menschen geholfen werden. Für die meisten dieser Menschen ist das Alters- und Pflegeheim der letzte Lebensabschnitt. Für das Personal bedeutet die Sanierung Erleichterung und zusätzliche Motivation. Der Stiftungsrat und die Heimleitung haben mit namhaften Büros ein gutes Konzept erarbeitet.

Eva Gross Zahnd zeigt auf der Leinwand eine Darstellung über den Tagesablauf in einer Krankenpflegeabteilung mit fixen Zeiten. Im Alters- und Pflegeheim Hofmatt sind die Zeiten nicht so stur festgelegt; die Pensionäre/innen sind freier. Die Therapie-Gruppe braucht dringend mehr Platz. Die Gemeinde Münchenstein kann sich die Sanierung leisten. Beim zu bewilligenden Kredit geht es um Fr. 300'000.-- pro Jahr. Die Pensionäre/innen sind Steuerzahler gewesen oder sind es heute noch. Die SP empfiehlt Zustimmung.

Karl Spichty-(Augustin) hat das Alters- und Pflegeheim Hofmatt besichtigt und nur immer gehört, das sei zu klein, jenes sei zu klein. Bis jetzt war nicht zu hören, wie die Gemeinde den Kredit verkraften soll. Mit dem jetzigen Steuersatz ist das nicht möglich. Zurzeit ist das Kultur- und Sportzentrum im Bau, das viel Geld kostet. Die Gemeinde betreibt ein Jugendkaffi am Schwertrain, hat die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43 erworben, betreibt ein Tagesheim usw. Es kommt noch so weit, dass wegen der hohen Steuern die Zuzüger ausbleiben werden. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, das Projekt in der heutigen Zeit zurückzustellen.

Hanspeter Brühlhart-Meyer: Die Anwohner der Tannenstrasse haben gegen die Waldrodung Einsprache erhoben. Unabhängig von der Waldrodung muss festgestellt werden, dass 18,5 Mio für die Sanierung sehr viel Geld sind. Es stellen sich einige Fragen. Für was ist ein Saal für 400 Personen vorgesehen? Ist eine bessere Infrastruktur wirklich nötig? Woher soll die Gemeinde das nötige Geld nehmen? Warum ist kein Wettbewerb durchgeführt worden? Das vorliegende Projekt ist überrissen. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Anträge des Gemeinderates abzulehnen. Es soll ein kostengünstigeres Projekt ausgearbeitet werden, für das auch kein Wald gerodet werden muss.

Arthur Bachmann-Zeuggin: Die Vorlage für den Kauf der Liegenschaft Schmidholzstrasse 43 darf nicht mit der vorliegenden Vorlage verglichen werden. Die Vorlage über die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt ist sehr ausführlich. Der Ausbau der Infrastruktur ist gut und der etappenweise Ausbau ist überlegt. Die heutige Organisationsform bietet Gewähr für eine gute Durchführung. Die FDP stört sich an den hohen Kosten und an den hohen Subventionen. Trotzdem stimmt die FDP den Anträgen des Gemeinderates zu. Gelegentlich muss darüber gesprochen werden, wie die Ausgaben in den Griff zu bekommen sind. Die Stimmbürger/innen sollten früher wissen, was für Investitionen geplant sind und welche Auswirkungen sie auf den Steuerfuss haben.

Paul Müller-Vogt: Der Natur- und Vogelschutzverein ist auch angegangen worden, gegen die Waldrodung Einsprache zu erheben. Der Verein hat festgestellt, dass im fraglichen Waldstück keine bedrohten Vogelarten leben.

Dr. Arnold Amacher-Bässler: Anlässlich der Debatte über das Kultur- und Sportzentrum fielen Voten, ein solches könne sich die Gemeinde leisten. Aus den gleichen Kreisen ist jetzt zu vernehmen, die Gemeinde könne sich die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt kaum leisten. Die Grünen empfehlen Zustimmung. Der Stiftungsrat gibt sich grosse Mühe. Zum Erwerb der Liegenschaft Schmidholzstrasse 43 ist zu sagen, dass die Jugendprojekte nicht ausgegrenzt werden dürfen, sondern im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssen.

Werner Hotz-Kleebaum: Der Anteil der Senioren/innen ist heute grösser als früher. Der Sprecher war seinerzeit für das Kultur- und Sportzentrum und ist jetzt für die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Von den zustimmenden Kreisen wird erwartet, dass sie sich auch anlässlich der Volksabstimmung für das Projekt einsetzen werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass ein Beitrag von 3,6 Mio und ein Darlehen von 2,0 Mio verkraftet werden können. Der Gemeinderat hat sich überzeugen lassen, dass der Stiftungsrat alle Möglichkeiten, auch die Durchführung eines Wettbewerbs, geprüft und die beste Lösung ausgewählt hat. Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Bei der Gemeindeversammlung gibt es kein obligatorisches Referendum.

Heinrich Müller-Achu stellt Antrag auf Schluss der Diskussion.

://: Einstimmig wird Schluss der Diskussion beschlossen.

Gemeinderat C. Kaspar gibt zu bedenken, dass geplant ist, für Alters- und Pflegeheime keine Kantonsbeiträge mehr auszurichten. Das könnte dann eintreffen, wenn das Projekt zurückgestellt wird.

://: Mit allen gegen vereinzelte Stimmen beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Für die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt werden bewilligt:
 - a) ein einmaliger à fonds perdu-Beitrag von 3,6 Mio Franken
 - b) ein zinsloses Darlehen von 2 Mio Franken, rückzahlbar mit 25 Jahresraten.

2. Ist die Abrechnungssumme geringer als der veranschlagte Betrag von 18,5 Mio Franken, so reduziert sich der à fonds perdu-Beitrag im entsprechenden Umfang.
3. Die Mutationspläne
 - zum Zonenplan Siedlung, Umzonung "Hofmatt", Plan Nr. 4.125 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 - zum Waldbaulinienplan "Hofmatt", Plan Nr. 4.123 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 - zum Bau- und Strassenlinienplan "Pumpwerkstrasse", Plan Nr. 4.124 vom 9.6.1995 der Bauverwaltung,
 werden beschlossen.
 Die Pläne werden nicht publiziert; sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Dr. Peter Loew-Roth dankt namens des Stiftungsrates für das Vertrauen.

Auf Anfrage des Gemeindepräsidenten verzichtet Karl Spichty auf die Abstimmung über seinen Antrag.

Traktandum 6

Schlussabrechnungen

a) Aussensanierung Reservoir Weihermatt / Nachtragskreditbegehren Fr. 102'913.90

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
- Für die notwendigen Mehraufwendungen wird ein Nachtragskredit von Fr. 102'913.90 bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Urs Abt-Joss: Die Gemeindekommission hat die Schlussabrechnungen behandelt und empfiehlt der Gemeindeversammlung, die Abrechnungen zu genehmigen und den Nachtragskredit zu bewilligen.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Für die notwendigen Mehraufwendungen wird ein Nachtragskredit von Fr. 102'913.90 bewilligt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

b) Übernahme der bestehenden Gemeindebibliothek und deren Neueinrichtung

Gemeinderätin U. Dürrenberger referiert im Sinne der Vorlage. Die Bibliothek ist sehr beliebt und der Zuwachs an Besuchern ist erfreulich. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
- Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Keine Wortbegehren.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

c) Sanierung Schulanlage Lärchenstrasse

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
- Der Baukommission wird unter Verdankung der geleisteten Arbeit Décharge erteilt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Hanni Huggel-Kubli verweist auf die Schlussabrechnungen, wovon zwei positiv und eine negativ abschliessen. Es wäre zu begrüssen, wenn inskünftig Investitionskredite etwas grosszügiger bemessen würden. Es ist immer erfreulich, wenn Rechnungen positiv abschliessen.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Der Baukommission wird unter Verdankung der geleisteten Arbeit Décharge erteilt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 7

Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die nächste Gemeindeversammlung findet am Dienstag, 5. Dezember 1995 statt.

Dr. Alfred Peter-Riva bezieht sich auf die Reduktion der Kehrriechtabfuhr auf einmal pro Woche. Er ist der Meinung, dass eine Abfuhr pro Woche während der heissen Jahreszeit zu wenig ist. Der Gemeinderat wird ersucht, herumzuhören, ob auch andere dieser Meinung sind. Wenn ja, soll die Abfuhr wieder zweimal pro Woche erfolgen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel nimmt das Begehren entgegen.

Roland Auderset-Bachmann erkundigt sich nach dem Stand des Trottoirs am Platanenweg. Eine frühere Gemeindeversammlung hat u.a. auch über die Höhe dieses Trottoirs diskutiert. Ausser dass ein Bagger bei der Kreuzung Platanenweg/Gladiolenstrasse steht, ist seither nichts gegangen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel ersucht den Fragesteller, sich direkt an die Bauverwaltung oder an den Departementschef zu wenden. Wenn gewünscht, kann der Departementschef nach der Versammlung die gewünschte Auskunft geben.

Roland Auderset-Bachmann ist damit einverstanden. Es können auch andere Interessenten anwesend sein.

Karl Spichty-(Augustin) ersucht den Gemeinderat sowie den Stiftungsrat und die Leitung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt, mit der Christoph Merian Stiftung in Verbindung zu treten zwecks Gewährung eines Beitrags für spätere Investitionen.

Um 21.50 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Dr. Fritz Zweifel

Pius Helfenberger



4. Einwohnergemeindeversammlung

vom Dienstag, 5. Dezember 1995, 20.00 Uhr,
in der Turnhalle des Schulhauses Lärchenstrasse

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Axel Scherrer-Rychen, Dr. Fritz Zweifel-Stettler;
Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
Peter Imboden-Bregy, Sekretär

Stimmzähler: Urs Gerber-Büchle und Willy Maeder-Schaller

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. September 1995
2. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1994 bis 30.6.1995
3. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 1996
4. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst zur 4. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Vertreter der Presse.

Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Traktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag und der Voranschlag 1996 sind den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf und konnte, wie auch der Voranschlag 1996, bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden. Ratschlag und Voranschlag liegen zudem hier im Saal auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Auf Seite 34 in der ersten Zeile ist "Tannenstrasse" zu ersetzen durch "Turnerstrasse".

Anton Bischofberger-Hess: Auf der Seite 31 ist der dritte Satz in seinem Votum wie folgt richtigzustellen: "Zu bedauern ist, dass Holzschnitzel nur verfeuert werden und damit nicht auch gleichzeitig noch Strom produziert wird."

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 14. September 1995 wird mit den vorgenannten Korrekturen genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1994 bis 30.6.1995

Alfred Koch-Galli verweist auf den schriftlichen Bericht der Geschäftsprüfungskommission und geht davon aus, dass mindestens ein Teil der Anwesenden den Bericht gelesen hat. Die Gemeindekommission hat den Bericht diskutiert und einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dr. Daniel Altermatt-Brogle bezieht sich auf Punkt 3.5, Jugendarbeit in Münchenstein, und dankt der Geschäftsprüfungskommission für ihre Arbeit in dieser Sache.

://: Vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1994 bis 30.6.1995 wird einstimmig zustimmend Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 1996

Gemeinderat C. Kaspar: Der Gemeinderat hat sich sehr bemüht, die Ausgaben zu kürzen. Die Einnahmen sind am Rande des Möglichen. Wie auf Seite 70 des Voranschlags zu lesen ist, müssten für ein ausgeglichenes Budget die Ausgaben wesentlich reduziert oder die Einnahmen erhöht werden, was im heutigen Zeitpunkt nicht gut wäre. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Einnahmen nicht aufgrund des Budgets erhöht werden sollen. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, auf den Voranschlag einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Willy Maeder-Schaller: Die Gemeindekommission hat sich eingehend mit dem Voranschlag befasst. Der Sprecher beschränkt sich hier auf die gestellten Anträge. Ein Antrag, in der Einwohnerkasse die Steuereinnahmen um Fr. 400'000.-- zu erhöhen, ist mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Ein weiterer Antrag, Fr. 30'000.-- für die externe Fachberatung im Bereich Sozialberatung/Fürsorge einzusetzen, wurde einstimmig gutgeheissen und der Gemeinderat ermächtigt, den Kredit nötigenfalls freizugeben. Den übrigen Anträgen des Gemeinderates hat die Gemeindekommission einstimmig, teilweise bei Enthaltungen, zugestimmt, dem Antrag 6.3.4, Abwassergebühr, mit einer Gegenstimme. In der Schlussabstimmung hat die Gemeindekommission den Voranschlägen aller Kassen zugestimmt.

Thomas Wälchli-Imhof: Rechnungsprüfungskommission und FDP haben am Voranschlag nicht unbedingt Freude gehabt. Der vorliegende Voranschlag reflektiert die öffentlichen Ausgaben der letzten Jahre. Budgets können nicht durch zusätzliche

Steuern ausgeglichen werden. In der Schweiz muss versucht werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Rechnungsprüfungskommission und FDP ersuchen um Eintreten und Zustimmung.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP hat den Voranschlag behandelt und interveniert gegen eine Anzahl Kredite zwischen Fr. 25'000.-- und Fr. 50'000.-- in der Investitionsrechnung. Diese Kredite sind bestimmt für Unterhaltsarbeiten und gehören, weil sie nicht wertvermehrende Investitionen sind, in die Laufende Rechnung. Der Sprecher wird sich in der Detailberatung noch melden. In der Wasser- und Kanalisationskasse zeigen sich die Auswirkungen des neuen Gewässerschutzgesetzes. Bei der GAA-Kasse geht es um den Netzausbau auf 600 Mhz. Die CVP wird beantragen, den Kredit von Fr. 900'000.-- zu streichen und das Kreditbegehren in einer separaten Vorlage vorzulegen. Die Telecom hat vor kurzer Zeit eine ganz neue Technologie aufgezeigt. Im nächsten Jahr läuft die Konzession der PTT aus und dann werden die Kanäle frei. Die sich damit stellenden Fragen müssen im Detail abgeklärt werden. In den nächsten Jahren wird einiges auf uns zukommen. Die angespannte Finanzlage verträgt keine Schnellschüsse mehr. Im Finanzplan sind 2 Mio Franken für das Alters- und Pflegeheim Hofmatt enthalten, im Budget hingegen fehlt dieser Betrag. Braucht das Alters- und Pflegeheim Hofmatt im nächsten Jahr kein Geld von der Gemeinde? Wenn doch, wie sind die Auswirkungen auf das Budget? Kann schon etwas über den Steuerertrag 1995 gesagt werden?

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die gestellten Fragen und die Anträge sollen in der Detailberatung beantwortet und behandelt werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

Der Voranschlag wird kontogruppenweise abgerufen. Dabei werden die folgenden Fragen und Anträge gestellt und Bemerkungen angebracht.

Kontogruppe 15

Dr. Arnold Amacher-Bässler bemerkt, dass soziale Einrichtungen wie Tagesheim, Bibliothek, Jugendarbeit usw. in anderen Gemeinden schon lange zum Standard gehören. Finanziell stehen diese Gemeinden nicht besser da als Münchenstein. Der Sprecher zeigt den Antrag mit dem Tageslichtprojektor auf der Leinwand und beantragt, Fr. 30'000.-- für externe Fachberatung im Bereich Sozialberatung/Fürsorge/Gemeinderat/Gemeindeverwaltung ins Budget aufzunehmen. Die Geschäftsprüfungskommission hat diesen Antrag einstimmig gutgeheissen. Gemäss ihrem Tätigkeitsbericht hat sich die Geschäftsprüfungskommission intensiv mit diesem Bereich befasst. Kündigungen sind weiterhin erfolgt, mit Kostenfolge für die Gemeinde. Münchenstein sollte im sozialen Bereich wieder eine leistungsfähige Organisation haben. Der Bereich Sozialberatung/Fürsorge sollte einmal von aussen angesehen werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Gemeindekommission hat dem Antrag mit Vorbehalt zugestimmt. Zuerst möchte der Gemeinderat seine Möglichkeiten ausschöpfen. Der Betrag kann eingesetzt werden, damit er zur Verfügung steht, wenn er gebraucht wird.

Karl Spichty-(Augustin) fragt sich, woher die Gemeinde ohne Steuererhöhung das Geld nehmen soll, um allen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Gemeinde muss Beiträge leisten an den Kreisler Baselstrasse, an die Brücke Loogstrasse über die SBB. Die Gemeinde hat die Liegenschaft Schmidholzstrasse 43 erworben und baut zurzeit das Kultur- und Sportzentrum. Die Brücke Loogstrasse über die SBB wird nach Fertigstellung der Gemeinde übergeben und sie muss sie dann unterhalten. Ferner hat die Gemeinde Schulden, die abgebaut werden sollten.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen werden Fr. 30'000.-- für externe Fachberatung im Bereich Sozialberatung/Fürsorge/Gemeinderat/Gemeindeverwaltung ins Budget aufgenommen.

Kontogruppe 17

Anton Bischofberger-Hess beantragt, im Konto 17-3011 den für Kompostberatung vorgesehenen Betrag von Fr. 7'000.-- um Fr. 4'000.-- zu erhöhen. Der Gemeinderat hat den ursprünglich eingesetzten Betrag von Fr. 11'000.-- reduziert. Kompostberatung hat einen zentralen Stellenwert in unserer Gemeinde. Zurzeit bestehend 24 dezentrale Kompostplätze. Diese Plätze müssen gefördert und neue Plätze sollten geschaffen werden. Die Kompostierung reduziert die Kosten der normalen Abfallbeseitigung.

Gemeinderätin U. Dürrenberger: Der Kompostberater leistet sehr wertvolle Arbeit. Der Gemeinderat hat den Betrag reduziert in der Meinung, dass die bestehenden Plätze selbständiger werden sollen.

://: Mit grossem Mehr gegen nicht zahlreiche Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Investitionsrechnung

Peter Zwick-Rudin beantragt, die folgenden Investitionskredite in die Laufende Rechnung zu übertragen:

- Fr. 45'000.-- Dachsanierung Werkhof
- Fr. 30'000.-- Sanierung Treppenanlage im alten Schulhaus Neuwelt
- Fr. 25'000.-- Sanierung Flachdach Sportanlagen Au
- Fr. 50'000.-- Neues Dach Schiessanlage Au
- Fr. 50'000.-- Diverse Arbeiten Strassenbeleuchtung Etappe 1996.

Diese Kredite sind für Reparaturen bestimmt, nicht für wertvermehrende Investitionen. Demzufolge gehören sie in die Laufende Rechnung.

Gemeinderat C. Kaspar: Als die Beiträge an die Verkehrsbetriebe noch nicht genau bekannt waren, war das Defizit rund Fr. 500'000.-- höher. Um nicht ein allzu grosses Defizit ausweisen zu müssen, sind die vorgenannten Kredite in die Investitionsrechnung verschoben worden. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass die Beiträge an die Verkehrsbetriebe nicht so hoch sind wie angenommen. Zum Teil sind die fraglichen Kredite auch wertvermehrend, indem die Lebensdauer der Objekte erhöht wird. Ob diese Kredite in die Laufende Rechnung oder in die Investitionsrechnung eingesetzt werden sollen, ist eine Ermessensfrage. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, die Kredite in der Investitionsrechnung zu belassen.

Alfred Koch-Galli: Die gleiche Frage ist auch an der Sitzung der Gemeindekommission gestellt worden. Die Gemeindefinanzen sind zum Teil eine komplizierte Angelegenheit. Wenn eine Arbeit aus irgendeinem Grund im nächsten Jahr nicht ausgeführt werden kann, muss der Kredit nicht nochmals verlangt werden, wenn er in der Investitionsrechnung ist. Das Problem ist, wo die Grenze gezogen werden soll. Beim Kredit von Fr. 200'000.-- für die Sanierung des Schlossfelsens geht es auch um Unterhalt. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, die Kredite in der Investitionsrechnung zu belassen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Frage, ob Investitionsrechnung oder Laufende Rechnung, wird nicht in jeder Gemeinde gleich behandelt. Der Gemeinderat überlegt sich in jedem Fall, was sinnvoll ist. Wenn Arbeiten aus irgendeinem Grund im Budgetjahr nicht ausgeführt werden können, können sie auf das folgende Jahr verschoben werden, wenn der Kredit in der Investitionsrechnung ist.

Peter Zwick-Rudin: Wenn ein Dach rinnt, muss es doch saniert werden. Solche Arbeiten können doch nicht um ein Jahr verschoben werden.

Bauverwalter R. Zulauf: Wenn ein Dach rinnt, kann mit der Reparatur nicht bis zum nächsten Budget zugewartet werden. Wenn die Reparaturstelle hält, ist es nicht sinnvoll, alles wieder abzureissen und neu zu reparieren. Wenn die Reparaturstelle nicht hält, muss sie erneuert werden. Die Kabel für die Strassenbeleuchtung sind im gleichen Graben wie die Kabel der Elektra Birseck. Wenn die Elektra Birseck z.B. im Dezember Kabel auswechselt und erst im folgenden Jahr Rechnung stellt, kann die Rechnung nicht beglichen werden, wenn kein Kredit vorhanden ist. Oder die Rech-

nung muss im Dezember verlangt werden, für Arbeiten, die vielleicht noch gar nicht ausgeführt sind.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Gemeinderat C. Kaspar: Bei der Aufstellung des Finanzplanes hat der Gemeinderat angenommen, dass im nächsten Jahr ein Teil des Beitrags an das Alters- und Pflegeheim Hofmatt fällig wird. Dann wurde das Projekt überarbeitet, und bei der Budgetierung war nicht klar, dass das Projekt so schnell realisiert werden soll. Deshalb wurde ins Budget kein Kredit eingesetzt. Jetzt muss damit gerechnet werden, dass 1996 doch ein Teilbeitrag fällig wird.

Gemeindepräsident D. F. Zweifel: Beim Beitrag an das Alters- und Pflegeheim Hofmatt handelt es sich um einen bewilligten Kredit. In der Investitionsrechnung sind bereits bewilligte und noch nicht bewilligte Kredite enthalten. Die schon bewilligten Kredite sind nur zur Orientierung in der Investitionsrechnung aufgeführt. Wenn im nächsten Jahr bereits ein Teilbeitrag geleistet werden muss, wird sich das im Finanzierungsfehlbetrag auswirken; dieser wird grösser. Bei der Verabschiedung des Budgets war der Zahlungsplan des Alters- und Pflegeheims Hofmatt noch nicht bekannt.

Gemeinderat C. Kaspar: Die Rechnung 1995 sieht aus heutiger Sicht nicht so schlecht aus. Diese Prognose ist aber mit Vorsicht zu geniessen.

Wasserkasse und Kanalisationskasse

Gemeinderat A. Schenker: Bei der Wasser- und der Kanalisationskasse sind die wesentlichen Ausgaben die Kredite für die Sanierungsprogramme, die weitergeführt werden sollen. Der Sprecher verweist auf zwei Publikationen im Wochenblatt für das Birseck und Dorneck betreffend die Anpassung der Wasser- und Abwassergebühren. Den Anstoss zur Gebührenanpassung gibt das neue kantonale Gewässerschutzgesetz. Neu verrechnet der Kanton 90% der Abwasserkosten an die Gemeinden weiter. Industriebetriebe, die bisher gegenüber dem Kanton zahlungspflichtig waren, sind neu gegenüber den Gemeinden gebührenpflichtig. Das Verursacherprinzip kommt deutlicher zum Ausdruck. In Münchenstein ist die Abwassergebühr von der zweiteiligen Wassergebühr, Grundgebühr und Wasserverbrauch, abhängig. Die Entschädigung an den Kanton für das Abwasser ist auf 2,5 Mio Franken angestiegen. Die Anpassung an das neue System soll in zwei Schritten vorgenommen werden. Der erste Schritt entspricht den mit dem Budget gestellten Anträgen. Dabei ist der Gemeinderat vom Grundsatz ausgegangen, dass der Ertrag in der Wasserkasse gleich bleiben soll wie bisher und dass keine massiven Umlagerungen erfolgen sollen. Der zweite Schritt wird mit der Änderung und Anpassung des Reglementes folgen.

GAA-Kasse

Gemeinderat A. Schenker: Die technische Entwicklung im TV-Bereich ist rasant. Schneller als bei der Aufstellung des Finanzplans gedacht, steht der Netzausbau auf 600 Mhz zur Diskussion. Bei dieser technischen Entwicklung sollte die Gemeinde am Ball bleiben, nicht aber an der Spitze marschieren. Der Gemeinderat ist keine Zensurbehörde, die vorschreibt, was gesehen werden darf und was nicht. Die Frage ist, wie viele Sender wir noch wollen. Die Aufrüstung auf 600 Mhz hat zur Folge, dass dann 50 Sender empfangen werden können.

Wie in der Eintretensdebatte angekündigt, beantragt Peter Zwick-Rudin namens der CVP, den Kredit von Fr. 900'000.-- für den Netzausbau 600 Mhz zu streichen und den Gemeinderat zu beauftragen, für dieses Kreditbegehren eine separate Vorlage zu unterbreiten.

Bruno Krähenbühl-Perrenoud: Es stimmt nicht, dass die Konzession der Telecom Ende 1996 ausläuft, wie P. Zwick gesagt hat. Zurzeit sind zwei Gesetze in Revision. Die Änderungen werden nicht vor 1998 in Kraft treten. Heute überträgt die Telecom auf ihren Kabeln. Mit dem neuen Gesetz wird es möglich sein, dass die PTT auch Radio- und Fernsehsendungen in die Wohnungen liefern kann. Im Gegenzug können Private

mit einer Konzession z.B. Telefon anbieten. Es ist eine riesige Entwicklung im Gang: Multimedia. Multimedia wird für Münchenstein nicht vor dem Jahr 2000 spruchreif. Wenn das GAA-Netz nicht ausgebaut wird, werden vermutlich mehr Parabolspiegel an Fassaden gehängt und auf Dächern aufgestellt. Die Frage ist, ob solche Spiegel erwünscht sind. Mit den Gesetzesrevisionen wird die Anpassung an die EU vorgenommen. Wenn die Schweiz keinen Alleingang machen will, muss sie mitlaufen.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP ist nicht gegen das Kanalfernsehen oder gegen 50 Sender. Bevor der Ausbaukredit bewilligt wird, müssen mit den Gemeinden Birsfelden und Muttenz alle Details geklärt werden. Dann soll der Gemeinderat eine separate Kreditvorlage unterbreiten.

Hansjörg Steiner-Vogel: Die FDP hat sich mit diesem Thema ebenfalls befasst und beantragt, die Kredite von Fr. 900'000.-- für den Netzausbau 600 Mhz und von Fr. 275'000.-- für die Netzsanierung 450 Mhz zu streichen. Für diese Kreditbegehren soll der Gemeindeversammlung eine separate Vorlage vorgelegt werden. Entsprechend den gegenüber dem letzten Finanzplan erhöhten Investitionen wird das Anlagevermögen am 31.12.1996 nicht 1,16 Mio Franken betragen, sondern 2,4 Mio Franken, d.h. von den alten Netzteilen aus dem Sanierungsprogramm 1990 sind dannzumal noch 1,5 Mio Franken nicht abgeschrieben. Die Gemeinde Muttenz wird den Ausbaukredit auch mit einer separaten Vorlage beantragen. Die Gemeinde Birsfelden hat Vermögen in der GAA-Kasse. Es gilt auch zu überlegen, ob, wie in Arlesheim, eine Genossenschaft gegründet werden soll.

Bruno Krähenbühl-Perrenoud: Die SP hat nichts gegen eine separate Kreditvorlage. Es ist vernünftig, den ganzen Themenkreis gründlich anzuschauen.

Bauverwalter R. Zulauf: Der Ausbau des Netzes hat angefangen mit 320 Mhz. Die Verstärker müssen von Zeit zu Zeit ausgewechselt werden. Dann ist der Ausbau auf 450 Mhz gekommen und nun steht der Ausbau auf 600 Mhz an. Die alten Verstärker gibt es dann jeweils nicht mehr. Die Gemeindeversammlung kann nicht beschliessen, den Ausbau bei 450 Mhz zu belassen, weil es diese Verstärker gar nicht mehr gibt.

Gemeinderat A. Schenker: Der Gemeinderat ist via paritätische GAA-Kommission mit Birsfelden und Muttenz in Kontakt. Muttenz hat mit der Auswechslung von 600 Mhz-Material schon früher angefangen. Bei uns besteht Nachholbedarf. Darum muss auch ein grösserer Kredit verlangt werden als in Muttenz. Mit einem Abschreibungssatz von 20% wird eine vernünftige Abschreibungspolitik betrieben. Die geplanten Investitionen können mit einem Satz von 20% und ausserordentlich abgeschrieben werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat scheut sich nicht, eine separate Kreditvorlage vorzulegen, glaubt aber nicht, dass die Gemeindeversammlung vom April anders entscheiden wird.

Bauverwalter R. Zulauf: Der Netzausbau 450 Mhz steht nur noch, weil der Ausbau seinerzeit mit diesem Wert beschlossen worden ist. Die 600 Mhz-Verstärker kosten gleich viel wie die auslaufenden 450 Mhz-Verstärker. Heute sind schon 800 Mhz-Verstärker auf dem Markt. Es wäre nicht sinnvoll, einen alten Verstärker wieder durch einen alten zu ersetzen.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Verschiedene Bereiche sind noch nicht auf 450 Mhz ausgebaut. Wenn der Kredit von Fr. 275'000.-- gestrichen wird, so können diese Bereiche nicht ausgebaut werden.

Hansjörg Steiner-Vogel zieht den Antrag auf Streichung von Fr. 275'000.-- für die Netzsanierung 450 Mhz zurück.

Gemeinderat A. Schenker zeigt mit dem Tageslichtprojektor auf der Leinwand einen Gemeindeplan mit dem Ausbaustand in den einzelnen Quartieren. Nicht alle Einwohner können alle Sender empfangen, bezahlen aber auch die Benützungsg Gebühr von Fr. 13.-- pro Monat. Jetzt ist noch ein Kanal frei, nach dem Ausbau auf 600 Mhz werden es 17 sein. In der Umgebung wird schon auf 800 Mhz ausgebaut. Ein Kostenvergleich zeigt, dass Münchenstein etwa in der Mitte liegt.

://: Mit 41 gegen 26 Stimmen wird der Antrag der CVP/FDP gutgeheissen und der Kredit von Fr. 900'000.-- gestrichen und der Gemeinderat beauftragt, eine separate Kreditvorlage vorzulegen.

Fürsorgekasse

Gemeinderat E. Gysin weist darauf hin, dass verschiedene Posten, z.B. Konti 3612, 3617, vom Kanton festgelegt werden und von den Behörden nicht beeinflusst werden können. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Voranschlag der Fürsorgekasse zu genehmigen.

Kurt Lauper-Huggel: Der Anstieg der Beiträge für Massnahmen/Drogen ist nicht so stark wie von 1994 auf 1995. Der Anstieg der Unterstützungen gemäss Fürsorgegesetz ist relativ bescheiden. Für Unterstützungskosten Asylwesen ist kein Betrag mehr aufgeführt; fällt dieser schon 1995 weg? Genügt das Kapital der Fürsorgekasse noch, um die gesetzlichen Bedingungen zu erfüllen? Muss nicht der Steuersatz erhöht werden?

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Gemeinderat und Gemeindekommission haben sich auch überlegt, was mit diesem Defizit gemacht werden soll. Gewisse Beiträge könnten in die Einwohnerkasse übertragen werden, der Steuersatz könnte erhöht werden. Die Behörden sind zum Schluss gekommen, dieses Jahr noch keine Änderungen zu beantragen. Im Rahmen der Aufgabenteilung wird darüber diskutiert werden, ob eine separate Fürsorgekasse noch geführt werden soll. Das ist allerdings Zukunftsmusik.

Gemeinderat E. Gysin: Die Asylanten-Betreuung ist privatisiert worden, weshalb für diesen Zweck kein Betrag eingesetzt werden musste. Die Kosten werden vom Bund zurückerstattet.

Gemeinderat C. Kaspar: Der Aufwand im Konto 3648.01 und die Erträge in den Konti 4508.01 und 4508.02 heben sich in der Rechnung 1995 in etwa auf.

Anträge 6.1, 6.2, 6.3.1, 6.3.2 und 6.3.5 des Gemeinderates

://: Einstimmige Zustimmung.

Anträge 6.3.3 und 6.3.4 des Gemeinderates

://: Zustimmung mit fast allen gegen wenige Stimmen.

Antrag 7. der Fürsorgebehörde

://: Einstimmige Zustimmung.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegenden Voranschläge der **Laufenden Rechnung** aller Rechnungskreise für das Jahr 1996 mit einem Mehraufwand bzw. Mehrertrag von

– Einwohnerkasse	– Fr. 1'049'400
– Wasserkasse	+ Fr. 14'000
– Kanalisationskasse	+ Fr. 363'500
– GAA-Kasse	– Fr. 25'900
– Fürsorgekasse	– Fr. 495'300

 werden genehmigt.

2. Zulasten der **Investitionsrechnung** werden folgende neue Kredite bewilligt:

Einwohnerkasse	
5510-10 Kanalsanierungen gemeindeeigene Liegenschaften, 1. Etappe	Fr. 300'000
5511-16 Werkhof: Dachsanierung	Fr. 45'000
5512-12 Kindergarten Ameisenholz: Heizung und Vorplatz	Fr. 85'000
5512-12 Schulhaus Neue Welt alt: Sanierung Treppenanlage	Fr. 30'000

5512-13	Sanierung Schlossfelsen	Fr. 200'000
5512-17	Sanierung Friedhofmauer und Aufgang zur Kirche	Fr. 97'000
5513-13	Sportanlagen Au: Sanierung Flachdach	Fr. 25'000
5519-11	Schiessanlage Au: Neues Dach	Fr. 50'000
5521-16	Strassensanierungen Etappe 1996	Fr. 220'000
5521-16	Strassenbeleuchtung: Diverse Arbeiten	Fr. 50'000
5540-10	Verwaltung: Ersatz Telefonzentrale und Tischapparate	Fr. 120'000
5541-10	EDV-Anlage: Erweiterung 1996	Fr. 84'000
5541-16	Diverse Maschinen 1996	Fr. 56'000
5612-16	Beitrag BLT-Linie 11: Projektierungskosten	Fr. 28'600
5612-16	Beitrag BLT-Linie 10: Ausbau Neue Welt-Dornach	Fr. 58'600
5612-16	Beitrag BLT-Linien: Ausbau Infrastruktur	Fr. 27'900
5642-13	Beiträge an Renovationen im Dorfkern 1996	Fr. 110'000
5649-13	Beitrag an Botanischen Garten: Neue Gestaltung Eingang Süd	Fr. 25'000

Wasserkasse

5510-27	Pumpwerk Hofmatt und Welschmatt: Qualitätssicherung Trinkwasser	Fr. 150'000
5527-27	Wasserleitungen: Sanierungen Etappe 1996	Fr. 1'500'000
5527-27	Wasserleitung Dammstrasse-Loogstrasse- Gartenstrasse	Fr. 125'000
5540-27	Wassermesser: Anschaffung und Unterhalt 7. Etappe	Fr. 150'000

Kanalisationskasse

5520-37	Sanierungsarbeiten am Kanalisationsnetz, 6. Etappe	Fr. 2'000'000
---------	----------------------------------------------------	---------------

GAA-Kasse

5520-43	Netzausbau, Erweiterung 1996	Fr. 125'000
5520-43	Verbesserungen der Anlage 1996	Fr. 80'000
5520-43	Netzsanierung, 450 Mhz 1996	Fr. 275'000

- 2.1. Die Kreditbeschlüsse gemäss Ziff. 2 unterstehen einzeln dem fakultativen Referendum.
- 2.2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allenfalls notwendige Kapitalaufnahmen zu tätigen.
3. Für das Jahr 1996 werden die **öffentlichen Abgaben** wie folgt festgesetzt:
 - 3.1. **Gemeindesteuersätze** (§ 2 I Steuerreglement)
 - Natürliche Personen:
 - Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StG):
50% des Staatssteuerbetrages (wie bisher)
 - Juristische Personen
 - Ertragssteuer (§ 5 III StG):
4,5% des steuerbaren Ertrages (wie bisher)
 - Kapitalsteuer (§ 62 I StG)
5‰ des steuerbaren Kapitals (wie bisher).
 - 3.2 **Feuerwehrpflichtersatz** (§ 6 III Feuerwehrrglement)
8% des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (wie bisher).
 - 3.3 **Wassertarif** (§ 13 II Wasserreglement)
 - Grundtaxe:
0,1‰ des Brandlagerschätzungswertes gemäss Baukostenindex vom 1.1.1996 (bisher 0,25‰)
 - Wasserzins:
Fr. 1.15 pro m³ Wasserverbrauch (bisher 80 Rappen)
 - Bauwasserzins:
40 Rappen pro m³ Rauminhalt der Bauten (wie bisher)
alle Beträge zuzüglich MwSt.

- 3.4 **Abwassergebühr** (§ 28 Kanalisationsreglement) (auf Wasserzins und Grundtaxe)
- 135% der Wassergebühr (bisher 70%)
 - nach Basel kanalisiertes Dreispitz-Areal:
105% der Wassergebühr (bisher 50%)
alle Beträge zuzüglich MwSt.
- 3.5 **GAA-Beiträge und Gebühren** (§ 17 GAA-Reglement)
- Anschlussbeiträge (wie bisher):
 - Fr. 1'500.-- Grundbeitrag pro Gebäude (Ein- oder Mehrfamilienhaus oder Gewerbegebäude)
 - Fr. 300.-- zusätzlich pro Wohnung in Ein- oder Mehrfamilienhaus
 - Fr. 250.-- im Minimum zusätzlich pro Gewerbebetrieb
 - Benützungsgebühr (wie bisher):
 - Fr. 13.-- pro Wohnung und Monat
 alle Beträge zuzüglich MwSt.
- 3.6 **Fürsorgesteuer**
9% des Gemeindesteuerbetrages (wie bisher).

Traktandum 4

Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Termine für die Gemeindeversammlungen im nächsten Jahr sind im amtlichen Anzeiger publiziert worden. Die nächste Gemeindeversammlung findet am 24. April 1996 statt.

Karl Spichy-(Augustin) warnt davor, zu viele Kredite zu bewilligen und zu grosszügig zu sein. Für die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt hat die letzte Gemeindeversammlung einen Kredit von 5,6 Mio Franken bewilligt. Der Sprecher hat damals beantragt, das Kreditbegehren zurückzustellen. Die Gemeinde ist finanziell nicht in der Lage, zwei grosse Bauvorhaben (Kultur- und Sportzentrum und Alters- und Pflegeheim Hofmatt) gleichzeitig zu finanzieren. Der Kanton kann seinen Beitrag an das Alters- und Pflegeheim Hofmatt kurzfristig widerrufen. Der Kanton Baselland ist finanzstark geworden und erhält deswegen weniger Bundes-Subventionen. Nun will sich der Kanton von Beitragsleistungen befreien. Der Sprecher möchte verhindern, dass mit der Sanierung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt jetzt begonnen wird. Mit dem Baubeginn soll zugewartet werden bis zur nächsten Gemeindeversammlung am 24.4.1996 und dann soll über die Sanierung erneut diskutiert werden. Eine rasche Sanierung drängt sich nicht auf.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der am 14.9.1995 bewilligte Kredit ist inzwischen rechtskräftig geworden. Zudem dürfen über Geschäfte, die nicht traktandiert sind, keine Beschlüsse gefasst werden. Das Begehren wird zum Überlegen entgegengenommen, obwohl über das Geschäft schon grundsätzlich diskutiert worden ist.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Das Jubiläumsjahr 800 Jahre Münchenstein geht dem Ende entgegen. Die Veranstaltungen sind praktisch alle abgeschlossen. Der letzte Anlass findet in der Silvester-Nacht auf dem Dorfplatz statt. Der Gemeindepräsident dankt allen, die in irgendeiner Weise bei den Veranstaltungen mitgewirkt haben und wünscht allen frohe Festtage.

Um 21.55 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Dr. Fritz Zweifel

Pius Helfenberger